

DIE ZEITSCHRIFT DES VERBANDES DER ERSATZKASSEN E. V. SEIT 1916



100 Jahre
ersatzkasse
magazin.

G20634

SONDERAUSGABE ZUR GESCHICHTE DER VERBANDSPUBLIKATION
VON OKTOBER 1916 BIS OKTOBER 2016
IM KONTEXT DER POLITIK UND MEDIENLANDSCHAFT

OKTOBER 2016

vdek 
Die Ersatzkassen

IMPRESSUM

ersatzkasse magazin.

Das Magazin des Verbands der Ersatzkassen e. V. (vdek),
vormals „Die Ersatzkasse“,
erstmal erschienen: 1916.

Herausgeber Verband der Ersatzkassen e. V.
(vdek), Ulrike Elsner (Vorstandsvorsitzende
des vdek, v.i.S.d.P.)

Gesamtverantwortung Michaela Gottfried
(Leiterin Abteilung Kommunikation vdek)

Redaktion Annette Kessen, Raffaele Nostitz

Redaktionsanschrift

Askanischer Platz 1 | 10963 Berlin
Tel. 030/2 69 31-1206
Fax 030/2 69 31-2900
redaktion@vdek.com
www.vdek.com/magazin

Layout ressourcenmangel an der Panke GmbH
Schlesische Str. 26/c4 | 10997 Berlin
www.ressourcenmangel.de

Repro und Druck

Lausitzer Druckhaus GmbH, Bautzen

Anzeigen Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek)

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Juni 2012
ISSN 0014-0279

Die Anzeigenpreisliste findet sich unter
www.vdek.com/magazin/anzeigen

Bezugspreise Jahresabonnement € 25,
Einzelheft € 4,90 inkl. MwSt und Versand.

ersatzkasse magazin. erscheint zweimonatlich.

Kündigungsfrist

Drei Monate zum Jahresende.

Nachdruck nur mit Genehmigung des
Herausgebers oder der Redaktion. Dies gilt
auch für die Aufnahme in elektronische
Datenbanken und Mailboxen.

Für unaufgefordert eingesandte
Manuskripte übernehmen der Herausgeber
und die Redaktion keine Haftung.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers
und der Redaktion wieder.

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,



Ulrike Elsner
Vorstandsvorsitzende
des vdek

Sie halten ein Resümee der 100-jährigen Geschichte von *ersatzkasse magazin*. in den Händen. In der allerersten Ausgabe im Oktober 1916 ist zu lesen, dass die gemeinsame Arbeit der Ersatzkassen auch ein Verbandsorgan erforderlich mache, um ihre innere Geschlossenheit zum Ausdruck zu bringen und den Willen, „gemeinsam an die Lösung aller Aufgaben heranzutreten, die der Krankenversicherung gestellt werden“. Wir würden diesen Satz heute anders formulieren, aber vom Grundsatz gilt er heute noch genauso wie damals.

Die Zeitschrift dokumentiert ein bewegtes Jahrhundert der Verbands-, Gesundheits- und Sozialpolitik. Unsere Redaktion hat im Archiv gestöbert und präsentiert Ihnen Denkwürdiges und Unterhaltsames von den Anfängen bis heute. In einem Interview mit dem langjährigen Verbandsvorsitzenden Christian Zahn wird der Frage nachgegangen, wie sich Verbandskommunikation verändert und welche Bedeutung politische Kommunikation für die Selbstverwaltung hat. Und wir lassen Experten zu Wort kommen, die mit unseren Themen viele Berührungspunkte haben. Den Stellenwert von Gesundheitspolitik auf der politischen Bühne erörtert Prof. Dr. Michael Simon von der Hochschule Hannover. Welcher Dynamik die Medienlandschaft und damit auch die öffentliche Kommunikation unterliegen, damit beschäftigt sich Prof. Dr. Günter Bentele von der Universität Leipzig. Etwas über Macht und Einfluss von Daten verrät uns Prof. Dr. Gerd Glaeske von der Universität Bremen. Und von Andreas Mihm, Hauptstadtkorrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, wollten wir wissen: Welche Rolle spielt Verbandsarbeit für Journalisten?

Viel Vergnügen bei der Lektüre dieser Sonderausgabe – und den künftigen Ausgaben des *ersatzkasse magazin*. – wünscht

Ihre

Ulrike Elsner



Ab 1948



Jahrgang 1993



Ab 1993

Ab 1916



Ab 1949



Ab 1965



Ab 1970



Ab 1998



Ab 2010



Ab 2003



Ab 2013





GRUSSWORT

„ICH SCHÄTZE DAS ERSATZKASSE MAGAZIN. ALS INFORMATIONSS- QUELLE.“

Die erste Ausgabe dieser Publikation erschien vor 100 Jahren. Mitten im Ersten Weltkrieg, der für Deutschland und die Welt eine Zeitenwende mit sich brachte. Die 100-Jahre-Marke haben die Sozialwahlen vor drei Jahren überschritten. Als die Sozialwahlen 1913 durchgeführt wurden, war die Welt – scheinbar – noch in Ordnung. Der Krieg, diese Urkatastrophe des letzten Jahrhunderts, hat vieles erschüttert. Aber die Sozialwahlen und *Die Ersatzkasse* bzw. das *ersatzkasse magazin*. überlebten diese letzten 100 Jahre trotz der vielen historischen Brüche.

Diktaturen sind keine Freunde der Selbstverwaltung und schon gar keine Freunde von Sozialwahlen. Deshalb haben die Diktaturen beides unterdrückt. In seiner ersten Wahlperiode hat der Deutsche Bundestag intensiv und kontrovers um das richtige Modell der Selbstverwaltung und der Sozialwahlen gerungen. Für Interessierte lohnt es sich, in den alten Protokollen des Bundestages zu lesen. Die historischen Debatten sind auch heute noch eine Inspiration!

Die ersten Sozialwahlen der Nachkriegszeit fanden 1953 statt. Das im Rückblick Überraschende und Besondere an dieser Wahl war: Bei den Ersatzkassen fanden keine Urwahlen statt. Das ist deshalb so überraschend, weil die Ersatzkassen

ab den Sozialwahlen 1958 zu den traditionellen urwählenden Versicherungsträgern gehören. Der besondere Wert eines so traditionellen Magazins liegt darin, dass man in den alten Ausgaben nachblättern und vielleicht eine Erklärung für diese ungewöhnliche Anomalie finden kann. Auch wir – die Bundeswahlbeauftragten – verfügen über historische Dokumente. Dies sind die Berichte der Sozialwahlbeauftragten. Der erste Bundeswahlbeauftragte, Josef Arndgen, hat in seinem Bericht keine Aussagen dazu gemacht, warum die Ersatzkassen geschlossen keine Urwahlen durchgeführt haben. Das sollte uns doch alle zum Nachblättern in den alten Ausgaben der Verbandszeitschrift anregen.

Der historische Umbruch von 1989/1990 hat uns als Deutsche nicht nur sehr glücklich gemacht, er hat auch dem *ersatzkasse magazin*. neue Leserinnen und Leser in den neuen Bundesländern gebracht. Und für die Sozialwahlen hat „die Wende“ eine ganze Menge neuer und überzeugter Wählerinnen und Wähler gewonnen. Der Schlussbericht über die Sozialwahlen 2011 stellt fest, dass die Wahlbeteiligung in den neuen Bundesländern spürbar höher war als in den alten Bundesländern.



Rita Pawelski
Bundeswahlbeauftragte
für die Sozialversicherungs-
wahlen 2017

Ich schätze das *ersatzkasse magazin*. als Informationsquelle zur aktuellen Gesundheitspolitik sehr, danke für die geleistete Arbeit, und ich wünsche ihm eine erfolgreiche Zukunft! ■

INHALT

8



Stimme der Ersatzkassen

Im Oktober 1916 erscheint die erste Ausgabe der Verbandszeitschrift. Sie ist Ausdruck des Zusammenhalts der Ersatzkassen und ein Mittel, um den Interessen der Mitgliedskassen des Verbandes Gehör zu verschaffen. Zugleich ist sie ein Dokument der Ereignisse und Entwicklungen der Gesundheits- und Sozialpolitik in Deutschland – damals wie heute.

25 Das Layout im Verlauf der Zeit

Das Erscheinungsbild der Verbandszeitschrift wandelt sich stetig im Laufe der letzten 100 Jahre. Das reicht von veränderter Titelgestaltung bis hin zu einem komplett neuen Layout.

28 Verbandskommunikation im Wandel

Seit seiner Gründung ist es schon immer Aufgabe des Verbandes gewesen, die Interessen und Positionen seiner Mitgliedskassen nach außen und innen zu tragen. Dabei reagiert er auch immer auf das sich verändernde Kommunikationsverhalten.

32 „Selbstverwaltung braucht Öffentlichkeit“

Christian Zahn ist seit 2006 Verbandsvorsitzender des vdek und seit über 25 Jahren in der Selbstverwaltung der Ersatzkassen aktiv. Im Interview erläutert er, welche Bedeutung politische Kommunikation für die Selbstverwaltung immer schon hatte und auch künftig haben wird.

34 Gesundheitspolitik als Stiefkind?

Obwohl die Gesundheit für den Einzelnen aus guten Gründen einen hohen Stellenwert hat, erhält sie auf dem politischen Parkett nicht die entsprechende Aufmerksamkeit. Die Gründe dafür erörtert Prof. Dr. Michael Simon.

36 Kommunikation in Zeiten der Digitalisierung

Andreas Mihm ist Hauptstadtkorrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung für gesundheitspolitische Themen. Welche Rolle spielt Verbandskommunikation für seine tägliche Arbeit?



38 Veränderungen in der öffentlichen Kommunikation

Den Medienwandel und die sich verändernde Öffentlichkeitsarbeit hat Prof. Dr. Günter Bentele wissenschaftlich erforscht. Er beschreibt, wie Verbände heute kommunizieren können – und sollten.

42 Unabhängig, neutral und evidenzbasiert?

Pharmakologe Prof. Dr. Gerd Glaeske zeigt auf, wie groß der Einfluss von Daten für die öffentliche Wahrnehmung ist und welche Tricks bei wissenschaftlichen Studien dabei zum Einsatz kommen.



46 Glückwünsche der Mitgliedskassen



Der damalige stellvertretende Vorsitzende des VdAK, Gerhard R. Becker, begrüßt 1965 zahlreiche Teilnehmer zu einer „Protestkundgebung“ in der Stadthalle von Bad Godesberg.

STIMME DER ERSATZ- KASSEN

100 Jahre auf über fünf Metern – im Archiv des Verbandes der Ersatzkassen e. V. (vdek) reihen sich die Jahrgänge der Verbandszeitschrift eng aneinander. Sie dokumentieren ein Jahrhundert Verbands- und Zeitgeschichte, Gesundheits- und Sozialpolitik in Deutschland. Die Zeitschrift – früher *Die Ersatzkasse*, seit Sommer 2010 *ersatzkasse magazin*. – hat eine bewegte Vergangenheit. Ein Blick zurück zeigt: Vieles hat sich gewandelt. Und doch: Vieles war gar nicht so anders als heute.

/Text/ Annette Kessen, Raffaele Nostitz und Alexander Brunke

A

ls sich am 20. Mai 1912 der Verband Kaufmännischer Eingeschriebener Hilfskassen (Ersatzkassen) in Eisenach gründet, vertritt er 120.000 Mitglieder aus zehn Krankenkassen. Doch was ihm fehlt, ist ein Medium, um die Interessen seiner Mitglieder und deren Versicherten wirksam zu vertreten. Vier Jahre später, am 2. Juni 1916, beschließt seine Generalversammlung, eine eigene Stimme in der Welt der Gesundheitspolitik zu schaffen: Im Oktober 1916 erscheint die erste Ausgabe von *Die Ersatzkasse*. Im Leitartikel gibt sich der Verband kämpferisch: „Mit der Zeitschrift soll auch nach außen hin die innere

Geschlossenheit der kaufmännischen Ersatzkassen zum Ausdruck kommen, die gewillt sind, gemeinsam allen Stürmen zu trotzen und gemeinsam an die Lösung aller Aufgaben heranzutreten, die der Krankenversicherung gestellt werden.“

Ein Leitmotiv, das sich bis heute hält. Die Verbandszeitschrift versteht sich als Informations- und fachpolitisches Magazin, das für die Interessen der Ersatzkassen einsteht. Es dokumentiert Aktuelles aus Gesundheitspolitik und Gesellschaft, bewertet politische Entwicklungen, bietet ein Forum für Diskussionen, beleuchtet Hintergründe und schreckt vor Spezialthemen nicht zurück. Zu den Zielgruppen zählen die Mitglieder des Verbandes genauso wie Entscheider aus der Politik, Vertreter der Medien und Wissenschaft

und die vielen Akteure aus dem hiesigen Feld des Gesundheitswesens. Zu berichten gibt es genug, der Gesundheitspolitik gehen niemals die Themen aus, immer neue Aspekte und Entwicklungen kommen hinzu. Das zeigt sich beim Blättern durch 100 Jahre Verbandszeitschrift.

Spiegel der Geschichte

Nach der Gründung der Verbandszeitschrift findet das soziale und politische Zeitgeschehen der Jahre, mit Blick auf das Gesundheitswesen, auch auf ihren Seiten statt. Zur Zeit der Gründung 1916 tobt der Erste Weltkrieg. Von den mehr als 13 Millionen deutschen Soldaten, die in den Krieg ziehen, fallen fast zwei Millionen; die Überlebenden ➔



1912

GRÜNDUNG DES VERBANDES

In Eisenach wird der »Verband Kaufmännischer Eingeschriebener Hilfskassen (Ersatzkassen)« gegründet. Der erste Vorsitzende ist Hermann Hedrich. Als Vorsitzender der »Kranken- und Begräbniskasse des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen« initiierte er die Gründung des Verbandes. Seinen Sitz hat der Verband in Leipzig.

1913

UMBENENNUNG DES VERBANDES

Der »Verband Kaufmännischer Eingeschriebener Hilfskassen (Ersatzkassen)« gibt sich einen neuen Namen: Fortan agiert er als der »Verband kaufmännischer Ersatzkassen«.

1916

ERSTAUSGABE DIE ERSATZKASSE

Die Verbandszeitschrift *Die Ersatzkasse* wird erstmalig publiziert und erscheint – mit einer Unterbrechung in den Jahren 1943 bis 1948 – kontinuierlich bis heute. Im Sommer 2010 bekommt die Verbandspublikation ein neues, modernes Erscheinungsbild und trägt fortan den Titel *ersatzkasse magazin*.



➔ Invaliden heim. Die deutsche Bevölkerung leidet in den Kriegszeiten Hungersnot, viele Menschen sind geschwächt und krank. Das stellt auch die Krankenversicherung vor eine Bewährungsprobe. Dabei rückt die Verbandszeitschrift insbesondere das erfolgreiche Vorgehen der Ersatzkassen mit Blick auf diese Herausforderungen in den Fokus der Berichterstattung. So schreibt sie in der Januar-Ausgabe 1917: „Während unsere tapferen Feldgrauen gegen eine Welt von äußeren Feinden kämpfen, geht im Innern unseres Vaterlandes der Kampf unserer Sozialversicherung gegen das Heer der Krankheiten, die unsichtbaren Feinde des Menschengeschlechts, ruhig weiter, nachdem die anfänglich durch den Krieg verursachten Störungen überwunden worden sind.“ Zugleich betont sie die leistungsrechtlichen Angelegenheiten und andere Hilfestellungen der Ersatzkassen in dieser schweren Zeit. In ihrer ersten Ausgabe im Oktober 1916 etwa informiert *Die Ersatzkasse* über die Versicherung der Kriegsteilnehmer: „So ist von einzelnen Seiten die Frage aufgeworfen worden, ob die in Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten ihre Versicherung fortsetzen können. Das ist selbstverständlich der Fall. Die Kriegsgefangenschaft ändert

an dem Versicherungsverhältnis nichts. Der Versicherte hat also seine bisherigen Rechte und muß seinerseits nach wie vor für pünktliche Zahlung der Beiträge aufkommen.“ In der darauf folgenden Ausgabe warnt sie zudem vor einer Zweckentfremdung der Mittel: „Das Geld der Krankenkassen darf nicht zu Kriegsunterstützungen verwandt werden.“ Generell beziehen sich die ersten Ausgaben der Verbandszeitschrift auf viele Rechtsfragen in Zeiten des Krieges.

In den Nachkriegsjahren sehen sich die Krankenkassen mit einer instabilen Wirtschaftslage konfrontiert, wie die Juli-Ausgabe 1923 zeigt: „Die wirtschaftlichen Nöte in unserm deutschen Vaterlande finden nicht zuletzt ihren Niederschlag in der deutschen Krankenversicherung. Veränderlich wie die ganze

Wirtschaftslage waren im letzten Jahre auch die Leistungen und Gegenleistungen der Krankenkassen, denn es ist nur natürlich, dass die Krankenkassen sich wie alles andere der fortschreitenden Geldentwertung anpassen müssen.“

Herausforderungen der Inflation

Die Inflation 1923 ist eine ökonomische Herausforderung auch für die Krankenversicherung. In der Ausgabe vom Dezember 1923 blickt *Die Ersatzkasse* auf die letzten Monate zurück: „Alle Versuche, dem fressenden Uebel entgegen zu arbeiten, änderten nichts an der Tatsache, daß das Leistungsvermögen der Krankenversicherung erst allmählich, dann immer schneller abnahm. Es war



1922

UMBENENNUNG DES VERBANDES

Die Generalversammlung des »Verbandes kaufmännischer Ersatzkassen« einigt sich auf einen neuen Verbandsnamen. Fortan agiert der Verband als »Verband kaufmännischer Berufskrankenkassen (Ersatzkassen)«.

1923

VERSCHMELZUNG VON VERBÄNDEN

Verbände wachsen zusammen: Auf einer Generalversammlung in Lübeck wird die Verschmelzung des »Verbandes kaufmännischer Berufskrankenkassen (Ersatzkassen)« und des »Verbandes kaufmännischer Krankenkassen in Barmen« beschlossen. Letzterer geht im »Verband kaufmännischer Berufskrankenkassen (Ersatzkassen)« auf.

1927

VERBAND IN HAMBURG

Der Verband zieht nach Hamburg in ein vom Deutschenationalen Handlungsgehilfen-Verband errichtetes Gebäude, die Adresse lautet Holstenwall 3/5. Der Bau in der Hamburger Neustadt ist heute als Brahms-Kontor bekannt.

unmöglich, die Beiträge so rechtzeitig und ausreichend zu erhöhen, daß mit ihnen die viel schneller wachsenden Verpflichtungen gegenüber den Versicherten und Aerzten, Apothekern usw. erfüllt werden konnten. Wenn man sich den Zweck der Krankenversicherung vor Augen hält und bedenkt, daß die zugunsten der Versicherten geschaffen wurde, dann berührt es schmerzlich, daß sie in der Hauptsache die Leidtragenden geworden sind.“ Und ein Artikel, den *Die Ersatzkasse* im Juli 1924 abdruckt, macht die ganze Brisanz deutlich: „1923 war das schwarze Jahr des Nullenwahnsinns (...). Vergegenwärtigen wir uns nur, daß der Dollar am 1. Januar 7990 Mark kostete, nach sechs Monaten auf das Zwanzigfache, nach sieben Monaten auf das Zweihundertfache, nach acht Monaten

auf das Eintausendsechshundertzwanzigfache und nach neun Monaten auf das Dreißigtausendfache des Kursstandes vom Jahresanfang gestiegen war, am 1. November einen Kurs von 130 Milliarden und am 20. November von 4200 Milliarden erreicht hatte, so erhalten wir einen kleinen Rückblick auf die finanziellen Schwierigkeiten, die wir im Berichtsjahr zu meistern hatten.“

Die Inflation trifft auch *Die Ersatzkasse* selbst: Im Juni 1923 kostet die Verbandszeitschrift 1.100 Mark. Schon ein paar Monate zuvor, in der Februar-Ausgabe 1923, muss der Verband den Bezugspreis für seine Zeitschrift erhöhen. Auf dem Titelblatt heißt es: „Zur Beachtung! Infolge der Geldentwertung sind die Papier- und Druckpreise in ganz unerhörtem Maße gestiegen. Wir sehen

uns daher veranlaßt, zu dem Bezugspreis der ‚Ersatzkasse‘ einen Zuschlag von 300 Mark für die Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1923 festzusetzen. Dieser Betrag ist für den laufenden Jahrgang nachzuzahlen. Wir richten an unsere Bezieher die dringende Bitte, den kleinen Betrag umgehend auf unser Postscheckkonto Hamburg 11843 zu überweisen. Rechnungen werden der hohen Zustellungsgebühren wegen nicht versandt. Die Geschäftsführung.“

Reaktion auf die Macht- ergreifung Hitlers

Die politischen Ereignisse überschlagen sich, als am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt wird. Das Ermächtigungsgesetz, das am 24. März 1933 in Kraft tritt, löscht beinahe alle Prinzipien des deutschen Staatswesens aus, so auch das Selbstverwaltungsprinzip der Krankenkassen. Der staatliche Zugriff auf die Krankenversicherung nimmt immer mehr zu. Dabei setzen sich die Ersatzkassen dafür ein, eigenständig zu bleiben, und der Verband kann sich der Klassifizierung als Zwangsverband entziehen. Er bleibt eine juristische Form des Privatrechts, also ein eingeschriebener Verein mit →



1932

VERBAND IN BERLIN

Der Verband verlässt den Norden: Er zieht von Hamburg nach Berlin und bezieht dort ein Gebäude in der Jägerstraße 24. Dieses Gebäude wird gegen Ende des Zweiten Weltkrieges vollständig zerstört. Berlin bleibt zunächst bis 1945 Sitz des Verbandes und ist es erneut seit Ende Juni 2009.

1933

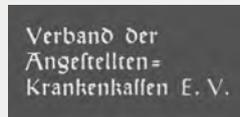
VERBAND UNTER NS-FÜHRUNG

Der Verband stellt sich unter die Führung des Staatsrats und Gauleiters von Danzig, Albert Forster. Forster kommt vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, macht in der NSDAP Karriere. Bereits am 10. Mai 1933 wird er Fachschaftsleiter der Handlungsgehilfen und Führer des Gesamtverbands der Deutschen Angestellten.

1936

UMBENENNUNG IN VDAK

Der Verband erhält einen neuen Namen: Auf einer ordentlichen Hauptversammlung einigen sich die Teilnehmer und Verbandsvertreter auf die fortan für die Dachorganisation gültige Bezeichnung »Verband der Angestellten-Krankenkassen e. V.«, abgekürzt VdAK.



Die Ersatzkasse erweist sich als Propagandainstrument der Nationalsozialisten. Auf der Titelseite der Ausgabe vom April 1933 „bekennt sich der Verband der Kaufmännischen Berufskrankenkassen (...) zur nationalen Volksgemeinschaft, die den Weg für den berufsständischen Aufbau der Krankenversicherung frei gemacht hat. Die den Verband bildenden Angestelltenkrankenkassen mit nahezu 1 1/2 Millionen Versicherten sind bereit, mit ihrer jahrzehntelangen Erfahrung der nationalen Aufbauarbeit zu dienen.“ Und im September 1933 veröffentlicht *Die Ersatzkasse* einen Aufruf des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, in dem es heißt, ein „Programmpunkt“ der NS-Bewegung sei die „Durchdringung des politischen und wirtschaftlichen Lebens mit erbbiologischen Gedanken“.

Die Titelseite der Oktober-Ausgabe 1933 zeigt ein Foto des Staatsrats und Gauleiters Danzig, Albert Forster, in Uniform, zusammen mit einer Mitteilung, die sich über die ganze Seite zieht und unter anderem verlauten lässt: „Die deutschen Angestellten-Krankenkassen haben sich durch einstimmigen Beschluß der 22. Ordentlichen Hauptversammlung

des Verbandes kaufmännischer Berufskrankenkassen e. V. am 27. September 1933 in Eisenach meiner Führung unterstellt und damit zum Ausdruck gebracht, daß sie bereit und entschlossen sind, Einzelinteressen dem Gesamtinteresse der deutschen Angestelltenschaft unterzuordnen. Mag auch dem Einzelnen die Abkehr von traditionellen Ideen und Gewohnheiten nicht leicht gefallen sein, der einmütige Beschluß zeigt den Willen zur bedingungslosen Einordnung in die Geisteswelt des Nationalsozialismus und das Vertrauen zur Regierung Adolf Hitlers und ihrer berufenen Führer.“ Walter Semmler, von 1936 bis 1947 Leiter des Verbandes, bekennt sich bereits in der Ausgabe vom August 1933 zum NS-Staat: „Jeder, der in dem bisherigen System der Sozialversicherung zu wirken hatte, muss sich bewusst werden, daß ihre geistige Struktur an der Verelendung, aus der es das Volk herauszuführen gilt, einen nicht unerheblichen Anteil hatte.“

Während des Zweiten Weltkriegs wird die Verbandszeitschrift dazu genutzt, die Ersatzkassen auf den Krieg einzuschwören. Erich Stolt, Schriftleiter von *Die Ersatzkasse* und von 1947 bis 1963 Geschäftsführer des Verbandes, schreibt in der Ausgabe vom Januar

1941: „Mit der Gewissheit einer solchen Lebenskraft und mit einer unumstößlichen Zuversicht für den deutschen Endsieg gehen wir ins Jahr 1941. Es geht um die Neuordnung Europas.“ Doch 1943 zeigt sich ein anderes Bild. Da der Krieg alle Ressourcen bindet und zunehmend materielle Knappheit herrscht, erscheint im März 1943 die vorerst letzte Ausgabe von *Die Ersatzkasse*. Papier ist Mangelware. Und so prangt auf dem Titelblatt: „An unsere Bezieher und Leser! Aus kriegswirtschaftlichen Gründen hat der Präsident der Reichspressekammer die Einstellung des Erscheinens unserer Zeitschrift angeordnet. ‚Die Ersatzkasse‘ erscheint daher für die Dauer des Krieges letztmalig mit der vorliegenden Nummer vom 15.3.1943. Verlag und Schriftleitung.“



1949

BONNER BÜRO

Der Verband errichtet eine Außenstelle in der damaligen Hauptstadt: Das Bonner Büro des VdAK soll insbesondere den Kontakt zur Regierung und zu den Parteien, den Fachministerien, den Abgeordneten und zu allen relevanten Organisationen innerhalb der Politik in Bonn und Umgebung pflegen.

1957



GEMEINSAME GESCHÄFTS-FÜHRUNG MIT DEM AEV

Bereits seit dem 12. März 1947 gibt es einen gemeinsamen Hauptausschuss der beiden Verbände VdAK und AEV. Im Jahr 1957 schließlich betraut der AEV den VdAK mit der Wahrnehmung seiner Geschäfte. Seitdem ist die Geschäftsführung dieser beiden Verbände identisch.

1959

NACHRICHTEN UND INFORMATIONEN

Der Verband veröffentlicht erstmals eine Pressemitteilung. Fortan erscheinen regelmäßig Presseinformationen des Verbands unter dem Titel »N+I – Nachrichten und Informationen der Ersatzkassenverbände«, um die politische Arbeit des Verbandes noch stärker zum Ausdruck zu bringen.



→ Stattdessen veröffentlicht der Verband ab Mai 1943 sechsseitige „VdAK-Mitteilungen“. Dabei handelt es sich um schmale Blattsammlungen als Notbehelf, die bis Kriegsende in unregelmäßigen Abständen erscheinen und vor allem der internen Information dienen.

Neue Ausrichtung nach Kriegsende

Auf das Kriegsende folgt die Aufbauarbeit. Mit der Ausgabe vom Februar 1948 erscheint *Die Ersatzkasse* wieder im monatlichen Turnus. In ihrem Vorwort „Von unserer Aufgabe“ schreibt sie sich selbst in erster Linie die Rolle eines „Mitteilungsblattes über die Veränderungen des Ersatzkassenrechts und über die Vorgänge auf den wichtigsten Gebieten

des sozialen Versicherungswesens“ zu. So zeigten die Bemühungen, die Grundlagen des Verbandes der Angestellten-Krankenkasse nach den zerstörenden und verwirrenden Wirkungen des Krieges wieder zu festigen und zu erneuern, jetzt ein weithin sichtbares Ergebnis, heißt es hier. Insgesamt fokussiert sich *Die Ersatzkasse* in den Nachkriegsjahren auf eine nüchterne, parteipolitisch zurückhaltende Berichterstattung. Es werden Reden von Verbandsveranstaltungen im Wortlaut abgedruckt, wie etwa in der Ausgabe April 1957 der Vortrag zu „Erfahrungen aus dem Großversuch mit exakten Wurzelbehandlungen“, der auf der Vertreterversammlung des VdAK am 3. Februar 1957 in Hamburg gehalten wurde. Auch darin zeigt sich das Bemühen, zunächst eine neutrale

Informationskultur zu etablieren, soweit das in den Grenzen einer Verbandszeitschrift und damit der Vermittlung auch interessengeleiteter Informationen möglich ist.

Rückkehr zu den alten Werten

Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrt der Verband zu seinen politischen Wurzeln von Solidarität und Selbstverwaltung zurück. Am 24. Februar 1951 tritt das Gesetz zur Wiederherstellung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung in Kraft, was *Die Ersatzkasse* in der Januar-Ausgabe 1951 begrüßt: Damit werde die autoritäre Führung der Sozialversicherungsträger, die im Dritten Reich durchgesetzt wurde, beseitigt und eine



1962

50 JAHRE VDAK

Ein runder Geburtstag: Der Verband der Angestellten-Krankenkassen feiert sein 50-jähriges Bestehen. Zu diesem Jubiläum wird erstmals eine Festschrift zur Geschichte des Verbandes veröffentlicht, die den Weg von 1912 bis 1962 nachzeichnet.

1975

VDAK IN SIEGBURG

Der Verband der Angestellten-Krankenkassen zieht erneut um: Der Weg führt ihn von Hamburg nach Siegburg, in die Nähe der Hauptstadt Bonn. Das eigens für den VdAK errichtete Gebäude befindet sich in der Frankfurter Straße 84. Mehrere Seiten widmet *Die Ersatzkasse* in den Ausgaben August und September 1975 dem Umzug und der Einweihung des Gebäudes.

Der Entschluss, von Hamburg nach Siegburg zu ziehen, sei nicht leichtgefallen, heißt es hier, aber die Aufgabe des Verbandes sei eben die politische Vertretung, die Beratung von Bundestag und Regierung und die Vertretung eigener Vorstellungen zur Weiterentwicklung der sozialen Krankenversicherung. Siegburg bleibt bis Mitte 2009 Sitz des Verbandes.

„größere Mannigfaltigkeit“ der Versicherungseinrichtungen und ihrer Leistungen ermöglicht. Zwei Jahre später steht die erste Sozialversicherungswahl seit langer Zeit an. Die *Ersatzkasse* schreibt in der Januar-Ausgabe 1953: „In diesem Jahre werden, nach einer Pause von fast zwei Jahrzehnten, die Versicherten der deutschen Sozialversicherung erstmalig wieder in freien Wahlen Vertreter zu den Selbstverwaltungskörpern der Sozialversicherungsträger wählen. Damit wird eine fruchtbare Unruhe im inneren Leben der Versicherungsträger beginnen.“ In der August-Ausgabe desselben Jahres berichtet sie, dass die Vertreterversammlungen der Ersatzkassen zusammengetreten seien und die Vorstände gewählt hätten. „Hier stehen die Selbstverwaltungskörper bei den Ersatzkassen

vor der großen Aufgabe, eine neue Tradition der angewandten Selbstverwaltung zum Wohle der Versicherten aufzubauen.“ Bis heute gilt die Selbstverwaltung als Stützpfiler der Sozialversicherung. Das weiß auch *ersatzkasse magazin*. In der Ausgabe März/April 2016 betont es, dass die Selbstverwaltung als Sprachrohr unverzichtbar sei.

Berichterstattung im geteilten Deutschland

Doch hält diese Neutralität nicht immer den gesellschaftlichen und gesundheitspolitischen Herausforderungen stand. So wird vor dem Hintergrund des Kalten Krieges in der Ausgabe vom Januar 1953 die Sozialversicherung als Teil des politischen Konflikts der neuen Blöcke

verstanden: „Sie muß zugleich ein Anschauungsmittel sein, das die Propagandalügen der bolschewistischen Machthaber gegen die abendländische Lebensform entlarvt.“ Die Aufspaltung der Welt und Deutschlands findet ihren Niederschlag auch in Artikeln wie „Kampf der Ostzonensozialversicherung gegen Überbeanspruchung“ aus der Februar-Ausgabe 1953, in dem es um den „Feldzug der Deutschen Demokratischen Republik gegen die hohen Krankenziffern“ geht. Ebenso zeigt sich diese geteilte Welt in Beiträgen wie „Ersatzansprüche der Krankenkassen bei Unfallschäden, die durch Angehörige der Besatzungsmächte verursacht sind“ aus der Mai-Ausgabe desselben Jahres sowie „Die Sozialversicherung in der Zone und Ost-Berlin“ aus der Ausgabe →



1978

ERSTAUSGABE ERSATZKASSEN REPORT

Erstmals erscheint die Verbandspublikation *Ersatzkassen Report*, die über die politische Arbeit und das gesundheitspolitische Geschehen berichtet. Sie stellt ein weiteres Informationsmedium dar, um die Interessen der Mitglieds-kassen und des Verbandes zu transportieren.



1987

75 JAHRE VDAK

Am 20. Mai 1987 feiert der Verband sein 75-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass bringt er eine Festschrift in Buchform heraus, in der eine umfassende chronologische Darstellung der bisherigen Verbandsgeschichte vorgenommen wird.



➔ Dezember 1957, wo es heißt: „Am 23. August 1956 beschloß der Ministerrat der sogenannten DDR, die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund zu übertragen.“ In der März-Ausgabe 1958 berichtet *Die Ersatzkasse* über „Das Gesundheitswesen in der sowjetischen Besatzungszone“ und knapp zwei Jahrzehnte später in der März-Ausgabe 1976 über das im selben Jahr in Kraft getretene Gesundheitsabkommen mit der DDR. Dort heißt es, „daß nach dem Gesundheitsabkommen jeder Einreisende aus dem einen deutschen Staat während seines Aufenthalts in dem anderen deutschen Staat einen Rechtsanspruch auf kostenfreie ambulante und stationäre medizinische Hilfe hat.“

Die Aufspaltung Deutschlands in Ost und West begleitet *Die Ersatzkasse* bis zur Wiedervereinigung, wobei die Ereignisse um den Mauerfall und die Konsequenzen für die Krankenkassen nur zögerlich Eingang in die Verbandszeitschrift finden. Erst in der April-Ausgabe 1990 beschäftigt sich *Die Ersatzkasse* im Zuge der Wiedervereinigung mit gesundheitspolitischen Belangen und druckt ein „Angebot“ der

GKV-Spitzenverbände zur Einführung einer gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) nach westdeutschem Vorbild. „Ziel sollte ein solidarisches und beitragsfinanziertes, vom Staat unabhängiges, selbstverwaltetes Krankenversicherungssystem für ganz Deutschland sein“, heißt es. Dies sei ein Baustein bei der Schaffung eines „einheitlichen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialraumes in Deutschland“. *Die Ersatzkasse* informiert über das ostdeutsche Gesundheitssystem und die Versorgungssituation in der DDR, wo es „massive Probleme“ gebe: „Die eigentlichen Mängel (...) liegen in der quantitativ wie qualitativ unzureichenden Ausstattung aller Gesundheitseinrichtungen. Das betrifft nicht nur die eklatante Unterversorgung mit modernen

medizinisch-technischen Großgeräten (...), sondern auch die normale Einrichtung einer Arztpraxis.“ In der Juli-Ausgabe 1990 meldet *Die Ersatzkasse*, der VdAK habe auf seiner Mitgliederversammlung die Einführung einer gegliederten Krankenversicherung in der DDR zum 1. Januar 1991 „ausdrücklich begrüßt“. Um das Ziel zu erreichen, müsse „unverzüglich mit dem Aufbau entsprechender Kassenorganisationen begonnen werden“. Das gegliederte System der GKV wird auf die fünf neuen Bundesländer ausgedehnt.

Regionale Vertretungen

Zugleich sollen nach Vorstellung der Sozialminister der Bundesländer die bundesweit aktiven Ersatzkassen regional organisiert werden, was das Ende der



ERSTE ERSATZKASSEN REPORTE AUF LÄNDEREBENE

In Bayern, Berlin und im Saarland erscheinen die ersten Ausgaben von *Ersatzkassen Report* auf Landesebene. Künftig publizieren die Landesvertretungen die sogenannten Länderreporte regelmäßig und sind fester Bestandteil aller Landesvertretungen. Seit Ende 2011 erscheinen sie unter dem Titel *ersatzkasse report*.

1990

ERSTE LANDESVERTRETUNG DES VDAK

Der Verband der Angestellten-Krankenkassen stellt sich regional auf: Als erste Landesvertretung des VdAK wird die Landesvertretung Hamburg offiziell eingeweiht. Zur gleichen Zeit wird auch die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen eingerichtet. In der Folge ist der VdAK in jedem Bundesland präsent.



1992

ERSTE BASISDATEN DES GESUNDHEITSWESENS

Zum ersten Mal bringt der Verband einen Statistikband heraus, der einen Überblick der wichtigsten Eckdaten des Gesundheitswesens bietet. Die Statistiken sind in übersichtlicher Form mit Schaubildern und kurzen Tabellen aufbereitet. Die Basisdaten werden laufend aktualisiert und jährlich neu herausgebracht. Sie sind zu einer wichtigen Informationsquelle u. a. für Verbände, Kassen, Leistungserbringer, Universitäten und Journalisten geworden.

überregional tätigen großen Ersatzkassen wäre. Der Verband wehrt sich vehement gegen diese „Kleinstaaterei“. *Die Ersatzkasse* berichtet in ihrer Oktober-Ausgabe 1991 ausgiebig über ein Expertengespräch, das sich mit der Frage befasst, ob die regionalisierte GKV der Königsweg sei oder in die Sackgasse führe. Dabei betont sie: „Eine regionale Beitragsgestaltung bei den Ersatzkassen – und dies gilt auch für die bundesweiten Betriebskrankenkassen – löst auf keinen Fall das Problem der Beitragssatzunterschiede, sondern verschärft es womöglich.“

Als Reaktion auf die Regionalisierungsdebatte gründet der Verband regionale Vertretungen, die Landesvertretungen. Die Eröffnungen der ersten Landesvertretungen in Hamburg und Düsseldorf dokumentiert *Die* ➔



Ein Dauerbrenner im Magazin ist das Thema Finanzen. Hier zwei Grafikbeispiele aus dem Jahr 1965.



1996

ERSTER BERICHT AN DIE MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Für den zweimal im Jahr tagenden Gesamtvorstand des Verbandes legen der Vorstandsvorsitzende und der hauptamtliche Vorstand von nun an einen Bericht vor. Er umfasst in übersichtlicher Form alle verbandspolitischen Aktivitäten und wichtige Projekte auf Bundes- und Landesebene. Anfänglich eine Lose-Blatt-Sammlung, erscheint der Bericht mittlerweile in gebundener Form und hat sich als wichtiges Instrument der internen Kommunikation etabliert.



2000

AUSSENSTELLE BERLIN

Der Verband der Angestellten-Krankenkasse richtet in Berlin eine Außenstelle ein. Der VdAK bezieht ein Gebäude am Karlplatz 7. Mit dieser Außenstelle in der Hauptstadt ist der Verband noch näher dran am politischen Geschehen.

1998

VERBÄNDE IM INTERNET

Zum Jahresende 1998 ist der Aufbau der Internetpräsenz für den VdAK und den AEV abgeschlossen und die Verbände gehen online. Sie sind unter den Adressen www.vdak-aev.de und www.vdak.de erreichbar. Ziel ist zunächst, dieses Medium für die Zusammenarbeit mit den Mitgliedskassen zu nutzen. Später wird der Webauftritt ein immer wichtigeres Instrument der Öffentlichkeitsarbeit und bietet Fachinformationen für Medienvertreter, Kassen, Leistungserbringer und Versicherte.



➔ *Ersatzkasse* in der Februar-Ausgabe 1990: „Mit den Landesvertretungen will der Verband seine regionale Präsenz verstärken und gleichzeitig die Zusammenarbeit mit allen in der Gesundheitspolitik Verantwortlichen vor Ort ausbauen.“ Die April-Ausgabe 1992 verkündet, dass der Aufbau der Landesvertretungen des Verbandes so gut wie abgeschlossen sei. „Bis auf Baden-Württemberg sind sämtliche Positionen des Leiters besetzt.“ In einer Porträtreihe stellt sie die jeweiligen Leiter vor. Im selben Jahr veröffentlichen die Landesvertretungen ihr eigenes Publikationsmedium, den *Ersatzkassen Report* – seit 2011 *ersatzkasse report*. –, der sich auf die Gesundheitspolitik im jeweiligen Bundesland konzentriert. Bis heute stellen die 15 Landesvertretungen und eine

Geschäftsstelle die regionale Präsenz der Ersatzkassen sicher.

Finanzdruck und Einführung der Wahlfreiheit

Nach der Wiedervereinigung hat das Gesundheitssystem zunehmend mit finanziellen Problemen zu kämpfen. Ab den 1970er Jahren gehen die Ausgaben der Krankenkassen stark nach oben, zugleich belasten sinkende Prosperität und eine steigende Arbeitslosenquote die Sozialversicherung. Es gilt, die Kosten einzudämmen. Der Verband bringt sich 1976 mit seiner „Stellungnahme der Ersatzkassenverbände zum 32-Punkte-Programm der Gesundheitsministerkonferenz“ in die Debatte ein, *Die Ersatzkasse* schreibt in der März-Ausgabe 1976 dazu:

„Auf diese Weise wollen die Ersatzkassen einen weiteren Beitrag zur aktuellen Diskussion über die Eindämmung der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen leisten.“ Die Regierung reagiert mit Kostendämpfungsgesetzen, doch das reicht nicht. Die Stimmen nach einer umfassenderen Organisationsreform der GKV werden lauter. Zeitgleich mit der Regionalisierungsdebatte in den 90er Jahren beginnt eine Debatte über eine stärker wettbewerbliche Orientierung und eine Öffnung des bislang gegliederten Systems der GKV. Die Ortskrankenkassen klagen zunehmend über höhere Beitragssätze und Wettbewerbsnachteile, denn die Ersatzkassen können aufgrund höherer Grundlöhne und besserer Risikostruktur niedrigere Beiträge erheben, höhere Honorare zahlen und bessere Leistungen

AUFLÖSUNG DES AEV

Der Arbeiter-Ersatzkassen-Verband e. V. (AEV) löst sich auf, weil infolge von vorausgegangenen Fusionen die Mindestzahl von drei Krankenkassen für einen Verein nicht mehr vorhanden ist. Die letzte verbliebene Arbeiter-Ersatzkasse GEK tritt zum 1. Januar 2009 in den Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek) ein.



UMZUG NACH BERLIN

Der Verband der Ersatzkassen zieht ein letztes Mal um: Ende Juni 2009 bezieht der vdek ein modernes, zentral gelegenes Gebäude in Berlin, Askanischer Platz 1. Die Nähe zur Politik und anderen politischen Akteuren des Gesundheitswesens gibt den Ausschlag für den Umzug in die Hauptstadt.

2008



GKV-SPITZENVERBAND

Einrichtung des GKV-Spitzenverbandes: Das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz sieht die Bildung eines einzigen Bundesverbandes aller gesetzlichen Krankenkassen vor, der alle gesetzlichen Aufgaben erfüllen soll. Der neu geschaffene GKV-Spitzenverband nimmt seit Juli 2008 diese wettbewerbsneutralen gesetzlichen Aufgaben wahr.

2009



UMBENENNUNG IN VDEK

Der Verband trägt einen neuen Namen: Aus dem VdAK/AEV wird der »Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek)«. Zum 1. Januar 2009 ist er Dachorganisation für insgesamt acht Ersatzkassen. Er versteht sich als Interessenvertretung und Dienstleistungsunternehmen seiner Mitgliedskassen.



2010

ERSATZKASSE MAGAZIN.

Die Verbandszeitschrift erfährt einen umfangreichen Relaunch und erhält den neuen Namen *ersatzkasse magazin*. Die Inhalte werden deutlich aufwändiger und journalistischer aufbereitet. Die Zeitschrift hat sich von einem Mitteilungsblatt zu einem Fachmagazin gewandelt.

anbieten. Die Entscheidung für mehr Wettbewerb fällt mit der Kassenöffnung 1996. Die Versicherten können ihre Kassen nun frei wählen und die Kassen treten in einen Wettbewerb. Ein Meilenstein in der Geschichte der GKV. Um zu verhindern, dass unterschiedliche Versicherten- und Risikostrukturen der Krankenkassen zu Wettbewerbsnachteilen führen, wird zum 1. Januar 1994 ein kassenartenübergreifender Risikostrukturausgleich (RSA) eingeführt. In der Beilage zum Ersatzkassenforum im April 1994 heißt es, dass RSA und Wahlfreiheit zweifellos zu einer stärker wettbewerblich orientierten GKV führen würden. „Wenn dies politischer Wille ist, muss ein weiterer Schritt des Gesetzgebers in Richtung einer wettbewerblich ausgerichteten Vertragspolitik folgen.“

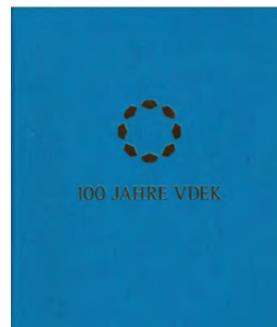
Denn die Ersatzkassen wollen eine aktivere Rolle bei der Versorgungsgestaltung ihrer Versicherten spielen. Rein kollektivvertragliche Regelungen werden in der Folge durch Versorgungsverträge (Selektivverträge) der Kassen oder Kassenarten ergänzt. „Eine sinnvolle Ergänzung“, wie im *ersatzkasse magazin*. in der Ausgabe Juli/August 2008 zu lesen ist: „Zur Sicherstellung einer innovativen und wettbewerblichen Versorgung ist die Versorgungsgestaltung durch Selektivverträge ein Mittel der Wahl innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung.“ So könnten die Verträge der Kollektivversorgung durch diese selektiven Verträge bedarfsgerecht und in Abhängigkeit regionaler und indikationsbezogener Versorgungssituationen ergänzt werden. Hier die richtige Balance

zu finden, bleibt ein wichtiges Thema der gesundheitspolitischen Reformgesetzgebung und Debatten bis heute.

Auch der RSA bleibt bis heute umstritten und sorgt für wettbewerbliche und politische Auseinandersetzungen. So führen die Zuweisungskriterien des heutigen morbiditätsorientierten RSA (Morbi-RSA) zu einer Benachteiligung der Ersatzkassen. *ersatzkasse magazin*. schreibt in der Ausgabe Mai/Juni 2016: „Der Morbi-RSA wird seinem Ziel, für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Krankenkassen zu sorgen, nicht gerecht. Die Verteilungswirkungen des Morbi-RSA führen im Gegenteil zu einer finanziellen Ungleichbehandlung der Krankenkassen.“ Der Verband →

**ERSATZKASSE
MAGAZIN. SPEZIAL**

Ab jetzt erhält die Verbandszeitschrift eine jährliche Sonderbeilage, in der die Preisträger des neu eingerichteten und jährlich ausgeschriebenen vdek-Zukunftspreises portraitiert werden. Für den Preis können sich Organisationen und Initiativen mit innovativen Projekten zu spezifischen Versorgungsthemen bewerben.



100 JAHRE VDEK

Sein 100-jähriges Bestehen feiert der Verband mit einem Festakt und einer aufwändig gestalteten Festschrift. Sie zeichnet die wechselvolle Geschichte der Ersatzkassen nach, die sich über zwei Weltkriege, viele Reformen, mehrere politische Systeme, Umbenennungen und Fusionen erstreckt.

2011

**ERSTES VDEK-
ZUKUNFTSFORUM**

Der Verband veranstaltet mit dem vdek-Zukunftsforum seit 2011 regelmäßig eine Dialog-Plattform zu aktuellen gesundheitspolitischen Themen. Sie bringt wichtige Akteure aus Politik, Wissenschaft und Praxis zusammen und versteht sich als Impulsgeber in der Diskussion um eine zukünftige Versorgung.

2012



2014

IMAGEBROSCHÜRE

Unter dem Titel „Gesundheit gestalten“ bringt der Verband 102 Jahre nach seiner Gründung seine erste Imagebroschüre heraus. Sie stellt die Aufgaben und die Struktur des Verbandes und seiner Mitgliedschaften vor.



→ fordere daher schnellstmöglich eine Reform des Morbi-RSA, entsprechende Vorschläge der Ersatzkassen lägen der Politik vor.

Wettbewerb als fortlaufendes Thema

Ohnehin kehren die Themen Finanzen, Wettbewerb und Organisationsform der GKV in der Verbandszeitschrift ständig wieder und ziehen sich durch die gesamte Geschichte des Verbandes und der GKV. Das beginnt schon mit der Gründung der Zeitschrift, als es in der ersten Ausgabe der Verbandspublikation heißt, dass den Ersatzkassen im Wettbewerb mit anderen Kassenarten eine Stimme verliehen werden sollte. Der Wettbewerbsdruck macht sich weiterhin in den 20er Jahren bemerkbar, in der März-Ausgabe 1922 der Verbandszeitschrift heißt es, dass es das Ziel der Ortskrankenkassen sei, das Krankenkassenwesen „in der Gestalt der Ortskrankenkassen“ zu vereinheitlichen. „In dieser Zeitschrift ist die agitatorische Betätigung der Ortskrankenkassen gegen die beruflich gegliederte Krankenversicherung regelmäßig registriert worden. Es vergeht kaum eine Tagung der Ortskrankenkassen, auf der nicht nachdrücklich versucht wird, den Ersatzkassen, die die Hauptträger der beruflichen Krankenversicherung sind, das Lebenslicht auszublenden.“ Mit der Wiedererrichtung des Krankenkassensystems im Nachkriegsdeutschland erfährt der Wettbewerb neuen Auftrieb.

REZENSIONEN

Ein Klassiker der Verbandszeitschrift sind Buchbesprechungen. Über 60 Jahre lang finden sich in den Ausgaben von *Die Ersatzkasse* neben Fachbüchern und Gesetzeskommentaren auch viele Genuss- und Unterhaltungslektüren. Im *ersatzkasse magazin* spielt lediglich gesundheits- und sozialpolitische Fachliteratur eine Rolle, die in knapper Form vorgestellt wird.

In der Mai-Ausgabe 1953 preist *Die Ersatzkasse* die 120-seitige Neuerscheinung „schr kunst schr – ein almanach alter und neuer kunst“ vom Woldemar Klein Verlag für 4,50 DM an: „Warum eigentlich nicht? Warum sollten wir hier nicht auf einen Kunstalmanach hinweisen? Wir meinen, daß gleich uns mancher in der Krankenversicherung Arbeitende an Kunst interessiert ist, und daß, wer es nicht ist, einen Weg dazu gewiesen bekommen sollte.“

Man blickt auch mal selbstironisch auf die eigene Arbeit, wie die Besprechung zu Josef von Eichendorffs Buch „Gesammelte Werke“ für 7,80 DM in der Juli-Ausgabe 1960 zeigt: „Der Freiherr Josef von Eichendorff ist nun schon mehr als 100 Jahre tot; er starb 1857 – übrigens als ein gewissenhafter preußischer Beamter. Weil das hier vermerkt ist, mögen gleich ein paar Verszeilen folgen, die manchem unserer Zeitgenossen Leitspruch sein könnten: Aktenstöße nachts verschlingen,/Schwatzen nach der Welt Gebrauch,/ Und das große Tretrad schwingen,/Wie ein Ochs, das kann ich auch,/Aber glauben, daß der Plunder/Eben nicht der Plunder wär’,/Sondern hochwichtig Wunder,/Das gelang mir nimmermehr.“

Natürlich braucht es auch Lesetipps zum Vergnügen. In der April-Ausgabe 1962 steht Fjodor Dostojewskis Roman „Werdejahre“ neben dem Reiseführer „Urlaub in Rom“, dazwischen das leicht verständlich geschriebene Sachbuch „Philosophie. Einführung in die Welt des Denkens“ von Karl Holzamer.

Ab den 1980er Jahren verliert sich diese Buntheit der Rezensionen, Titel wie „Das praktische neue Kochbuch“ von Gertrud Oheim aus der Juni-Ausgabe 1953 sucht man vergeblich und damit auch Sätze wie diese: „Das ist wirklich ein gutes Kochbuch! Eigentlich ist es sogar mehr, denn es enthält Hinweise für das Tischdecken, sogar für das Benehmen bei Tisch, und alles was es – meist auch geschickt bebildert – darstellt, ist interessant und anregend geschrieben. Es macht schon Freude, das Buch mit seinen vielfach sogar mehrfarbigen Fotos anzusehen. Die Hausfrau findet darin eine Fülle von Anregungen.“



Über einige Jahre hinweg – hier Beispiele von 1990, 1992 und 1993 – lockert *Die Ersatzkasse* ihre Inhalte mit Cartoons auf.



In der Ausgabe vom Januar 1953 kritisiert *Die Ersatzkasse* die Art der Mitgliedererwerbungs über „Rotwein als Kassengabe“: „Es kann nicht Aufgabe der Krankenversicherung sein, Weihnachtsgeschenke zu machen und auf solche Weise nach Popularität zu haschen.“

1994 entwickelt der Verband das Konzept einer solidarischen Wettbewerbsordnung, ausgehend von der Frage, wie viel Wettbewerb die soziale Krankenversicherung verträgt. *Die Ersatzkasse* stellt die Grundzüge des Konzepts in der Mai-Ausgabe 1993 vor: „Nach allen Erfahrungen in vielfältigen gesellschaftlichen Bereichen ist nur eine stabile Wettbewerbsordnung in der Lage, gerade durch die Verfolgung individueller oder unternehmenspolitischer Interessen das Gemeinwohl zu fördern. Keine andere Koordinationsordnung kann unter den spezifischen Bedingungen des Gesundheitswesens in vergleichbarer Weise Solidarziele mit Effizienzzielen harmonisieren.“

Das 2007 in Kraft tretende GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz läutet eine weitere fundamentale Organisationsreform ein.

Es wird der GKV-Spitzenverband gebildet, der ab 2008 als Dachverband für alle Kassenarten gilt und wettbewerbsneutrale gesetzliche Aufgaben wahrnimmt. Fortan gilt ein einheitlicher Beitragssatz für alle Krankenkassen und es wird ein ab 2009 geltender Gesundheitsfonds geschaffen, aus dem die

Krankenkassen künftig ihre Finanzmittel erhalten. Reichen die Mittel nicht aus, sind die Krankenkassen gezwungen, einen Zusatzbeitrag (heute Zusatzbeitragsatz) zu erheben. Die Verbandszeitschrift warnt in der Januar-Ausgabe 2009 vor einseitigen Belastungen der Versicherten: „Es drohen daher nach wie vor Zusatzbeiträge, die von den Versicherten allein zu tragen sind.“ Eine solche einseitige Belastung der Versicherten würde die paritätische Finanzierung weiter aufweichen, heißt es abschließend.

In der Ausgabe November/Dezember 2015 betont *ersatzkasse magazin* erneut, dass das Auseinanderdriften der Einnahmen- und Ausgabenentwicklung, das bereits 2014 zu einer Unterdeckung der GKV geführt habe, in den nächsten Jahren anhalten werde. Und auch ein Jahr später betont der Verband, dass man zwar aufgrund der positiven Finanzlage in der GKV von stabilen Beitragssätzen der Ersatzkassen im Jahr 2017 ausgehe, dies aber nicht darüber hinwegtäuschen dürfte, dass sich der Druck auf die Zusatzbeitragsätze wieder verstärken werde.

Nach Inkrafttreten des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes kommt es zu vielen, teilweise großen Fusionen innerhalb der GKV. Entsprechend verringert sich die Anzahl der Mitgliedskassen des Verbandes. 2009 ist der Verband nun Dachorganisation für acht Ersatzkassen, seit Ende Juni 2009 mit Sitz in Berlin. Aufgrund des Wegfalls der körperschaftlichen Funktionen definiert der Verband im Dialog mit seinen Mitgliedskassen

seine Aufgaben in einem Prozess der Reorganisation und Effizienzsteigerung neu. *Die Ersatzkasse* betont in der Juni-Ausgabe 2009: „Keineswegs neu, aber viel wichtiger ist die Rolle des Verbandes als Dienstleister der Ersatzkassen geworden. Der vdek ist mit einer Vielzahl von Aufgaben betraut, die er als Kooperationsgemeinschaft der Ersatzkassen wahrnimmt. Im Zentrum steht die Vertretung der gemeinsamen politischen und vertragspolitischen Interessen auf Bundesebene und in den Ländern.“ Daneben erledige der vdek eine Vielzahl von operativen Dienstleistungen. „Damit hat sich der vdek in schwierigen Zeiten erfolgreich gemauert. Wie seine Mitgliedskassen ist der Verband heute als moderner Dienstleister gut aufgestellt, um auch neue Herausforderungen zu meistern. Die Ersatzkassengemeinschaft hat es geschafft, sich als ein Pol stabiler Interessensvertretung und -gestaltung zu etablieren.“

Aufbau der sozialen Pflegeversicherung

Als ein Meilenstein der Gesundheitspolitik gilt die Pflegeversicherung, die nach rund 20-jähriger Diskussion im Mai 1994 beschlossen und 1995 als fünfte Säule der Sozialversicherung in Deutschland eingeführt wird. *Die Ersatzkasse* lobt diese wichtige Absicherung des Pflegerisikos in der Januar-Ausgabe 1995: „Der deutsche Sozialstaat ist um eine Errungenschaft reicher. Seit dem →



➔ 01. Januar 1995 haben wir die Pflegeversicherung. Dies ist sicherlich für viele Pflegebedürftige, ihre Angehörigen und die Pflegenden eine gute Nachricht. Seit Jahren wurde über ihre Einführung im politischen, aber auch im gesellschaftlichen Raum diskutiert und nicht weniger heftig um ihre Ausgestaltung gestritten.“ Angelegt als Teilkasko-Versicherung, deckt die Pflegeversicherung wichtige Kernleistungen im Pflegefall ab und trägt damit zu einem großen Teil zur Entlastung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen bei. Durchgeführt wird sie unter dem Dach der GKV, was nicht nur das Vertrauen in die GKV-Gestaltungsprinzipien Solidarität, Beitrags- und Umlagefinanzierung zeigt. „Damit konnte der Aufbau einer neuen Verwaltung vermieden und zugleich die Erfahrung der Krankenversicherung – nicht zuletzt auf Grundlage der Erfahrungen mit den Leistungen bei Schwerpflegebedürftigen – genutzt werden. Durch den Grundsatz ‚Pflegeversicherung folgt Krankenversicherung‘ werden somit auch Zuständigkeitsstreitigkeiten auf dem Rücken der Versicherten ausgeschlossen“, heißt es in der Verbandszeitschrift weiter.

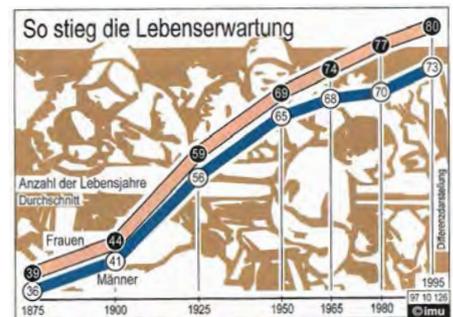
Dabei werden die Leistungen immer wieder auf die Bedürfnisse der Betroffenen ausgerichtet, etwa mit dem Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz 2002 und dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz 2008. Im Jahr 2011 stößt die Regierung eine mehrstufige Pflegereform an, die seit 2015 schrittweise umgesetzt wird. Sie umfasst unter anderem eine Anhebung der Beitragssätze zur Pflegeversicherung, eine Ausweitung der Pflegeleistungen, die Unterstützung pflegender Angehöriger und den Aufbau eines Pflege-Vorsorgefonds. Kernstück ist die Neufassung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs, um insbesondere die Leistungen für demenziell Erkrankte zu verbessern. Er bezieht alle Aspekte der Pflegebedürftigkeit mit ein und berücksichtigt damit gleichermaßen somatisch, kognitiv und psychisch beeinträchtigte Menschen. Damit habe

sich die Pflegeversicherung auf den Weg in die Zukunft gemacht, wie *ersatzkasse magazin*. in der Ausgabe Mai/Juni 2016 betont: „Die umfangreichen Reformen haben im Großen und Ganzen die Weichen in die richtige Richtung gestellt.“ Aber es zeichne sich jetzt schon ab, „dass auch in den kommenden Jahren die Anstrengungen zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung nicht zurückgefahren werden dürfen.“

Von der Tuberkulose zur personalisierten Medizin

Auch die Entwicklung der Gesundheits- und Versorgungsthemen, der Medizin und Forschung spiegeln sich in der Verbandszeitschrift wider. *Die Ersatzkasse* greift diese Themen regelmäßig auf und richtet den Fokus auf spezifische Krankheiten der jeweiligen Zeit. Zur Gründungszeit der Verbandszeitschrift sieht sich die deutsche Bevölkerung vor allem mit weltweiten Infektionskrankheiten wie Cholera, Pest und Typhus konfrontiert. In ihrer zweiten Ausgabe vom November 1916 widmet sich *Die Ersatzkasse* über fünf Seiten hinweg der Bekämpfung der Tuberkulose: „Mit der bloßen Heilbehandlung allein kann und darf es dabei nicht sein Bewenden haben, sondern es ist darüber hinaus erforderlich, die Lebens-, Arbeits- und Wohngelegenheiten der arbeitenden Klassen so zu verbessern, daß der Tuberkulose der Nährboden entzogen wird, auf dem sie sich allein zu entwickeln und auszubreiten vermag.“ Im Rückblick zeigt sich, dass der Kampf gegen Infektionskrankheiten zu den großen Erfolgsgeschichten der Medizin zählt.

In den weiteren Jahrgängen veröffentlicht die Verbandszeitschrift darüber hinaus vermehrt Artikel, die sich mit den Veränderungen der Arbeitswelt beschäftigen und aufzeigen, wie die Gesundheitsversorgung darauf reagiert. Dies betrifft folglich auch die eigenen Mitarbeiter des Verbandes und der Mitgliedskassen. So setzt sich die März-Ausgabe 1932 mit den gesundheitlichen Risiken für Angestellte in dem Artikel „Die nervösen Erkrankungen im kaufmännischen Beruf und



Oben: Anzeige für *Die Ersatzkasse* von 1998.

Unten: Seit den 60er Jahren werden Grafiken zur Veranschaulichung von Informationen in der Verbandszeitschrift eingesetzt. Hier ein besonders aufwändig illustriertes Beispiel von 1998.

ihre Verhütung“ auseinander, der typische Gefahren der Büroarbeit beschreibt. Symbol für die neuen Gesundheitsrisiken ist das damals innovative Werkzeug: „Die Schreibmaschine gibt in der heutigen Zeit dem Bürobetrieb überhaupt sein Gepräge.“ Es wird angemahnt, „daß Schreibmaschinenarbeit nur in getrennten, möglichst schallsicheren Einzelräumen oder -raumteilen geleistet werden“ dürfe. Der Artikel nennt auch Vorsorgemaßnahmen. Lärm und Überarbeitung müsse begegnet werden mit Freizeit, Erholung, „Leibesübungen“ und Sport- und Spielpausen. So klingt Prävention im Jahr 1932.

Der Aspekt der Vorbeugung gewinnt mit den Jahren an Bedeutung und etabliert sich als ein Baustein der Gesundheitspolitik. In der Ausgabe März/April 2013 von *ersatzkasse magazin*. heißt es: „Die gesetzliche Krankenversicherung trägt seit Langem dazu bei, die

Lebensqualität und Leistungsfähigkeit ihrer Versicherten zu erhalten. Daher bekennen sich auch die Ersatzkassen ausdrücklich zu einer umfassenden und qualitätsgesicherten Stärkung der Gesundheitsförderung, die nachhaltig auszurichten und weiterzuentwickeln ist.“

Mit der zunehmenden Lebenserwartung entwickelt sich das Erkrankungsspektrum von akuten hin zu chronischen Erkrankungen, zu den häufigsten Todesursachen zählen heute Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebs, man spricht von den großen Volkskrankheiten, die *ersatzkasse magazin* in der Ausgabe Juli/August 2012 als Krankheiten definiert, „die aufgrund ihrer großen Verbreitung und wirtschaftlichen Auswirkungen von hoher gesellschaftspolitischer Bedeutung sind“. Und der demografische Wandel selbst führt zu neuen Herausforderungen im Gesundheitswesen. In seiner September/Okttober-Ausgabe 2011 betont *ersatzkasse magazin*, „dass die demografische Entwicklung zweifelsohne Auswirkungen auf die finanzielle Belastung in der GKV habe, aber diese Herausforderungen zu bewältigen seien. „Es gilt, frühzeitig Maßnahmen zu ergreifen und rechtzeitig neue Versorgungskonzepte zu entwickeln.“ Allein in den letzten 20 Jahren kristallisieren sich immer neue Versorgungsfelder heraus, wie etwa Kindergesundheit, Psychotherapie, Telemedizin und Digitale Gesundheit bis hin zur personalisierten Medizin. Ob es nun um stationäre oder ambulante Versorgung geht, um Pflege oder Arzneimittel, um Versorgungsforschung oder Qualität, an Herausforderungen mangelt es dem Gesundheitswesen nicht.

Kommunikation nach und von außen

Konzentriert sich *Die Ersatzkasse* in ihrer Anfangszeit vor allem auf interne Information, entwickelt sie sich immer mehr zu einer politischen Verbandszeitschrift, die nach außen kommuniziert und damit Einfluss auf →

JUBILÄEN

Die Verbandszeitschrift stärkt auch den Zusammenhalt der Mitglieder des Verbandes sowie das Identitätsgefühl der Mitarbeiter mit dem Verband und den Ersatzkassen. Sie richtet den Blick nach innen. So vermeldet sie Dienstjubiläen und Verabschiedungen von Mitarbeitern, die in den Ruhestand gehen, zur Anfangszeit auch runde Geburtstage. Eine große Bedeutung kommt den Jubiläen des Verbandes selbst zu. Neben der Berichterstattung in der Verbandszeitschrift erscheint außerdem zum 50-, zum 75- sowie zum 100-jährigen Bestehen des Verbandes jeweils eine Festschrift.

Im Frühjahr 1936 feiert der Verband sein 20-jähriges Bestehen, in der Juni-Ausgabe 1932 zieht *Die Ersatzkasse* ein positives Fazit: „Die Erfolge 20jähriger Verbandsarbeit finden ihren gesammelten Ausdruck in dem Ansehen und in dem Vertrauen des Verbandes, seiner Mitglieds-kassen und in der Festigung des Ersatzkassengedankens.“ Besondere Erwähnung erhält die Verbandszeitschrift selbst, die sehr wichtig für diesen Erfolg gewesen sei: „Der Austausch der gegenseitigen Erfahrungen und die Vertretung der gemeinsamen Interessen konnte wirksam nur durch ein Verbandsorgan erreicht werden.“

Umfangreich dokumentiert *Die Ersatzkasse* in der Juni-Ausgabe 1962 das 50-jährige Bestehen des Verbandes, das der Verband mit einer „Feierstunde“ am 1. Juni 1962 im Weißen Saal des Atlantic Hotels in Hamburg feiert. „Keine Massenkundgebung veranstaltete der Verband der Angestellten-Krankenkassen aus Anlaß seines 50jährigen Bestehens, sondern eine Feierstunde im besten Sinne des Wortes“, heißt es in der Verbandszeitschrift. „Der repräsentative, intime Raum bildet den rechten Rahmen für die fast 170 Teilnehmer, die vielfach von weit her angereist sind, um ihrer Verbundenheit mit den Ersatzkassen Ausdruck zu geben.“

Sein 75-jähriges Bestehen feiert der Verband am 20. Mai 1987 in der Stadthalle Bad Godesberg in Bonn im Rahmen eines Ersatzkassentages mit rund 600 Gästen, unter anderem auch Bundesarbeitsminister Norbert Blüm. *Die Ersatzkasse* berichtet ausführlich in der Juni-Ausgabe 1987 und betont die fachpolitische Ausrichtung: „Man sagt den Deutschen nach, daß sie sich entweder zuviel mit der Vergangenheit – mit ihrer Geschichte – oder aber zuviel mit der Zukunft – mit weitgreifenden realitätsfernen Utopien –, aber fast immer zuwenig mit der Verbesserung der Gegenwart beschäftigen. Diesen Fehler wollen wir nicht begehen. Wir haben auf die geschichtsträchtige Festrede und auf die Vorlage zukunftssträchtiger Programme, auf Jubelchore und Streichquintett verzichtet und uns statt dessen für einen Ersatzkassentag entschieden, der in erster Linie der Information dienen soll.“

Eine besondere Rolle spielt das 100-jährige Bestehen, das der Verband mit einem Festakt am 20. März 2012 in Berlin in der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund mit rund 250 geladenen Gästen feiert. Auf 19 Seiten berichtet *ersatzkasse magazin* in der März-/April-Ausgabe 2012. Neben Grußworten von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr und Familienministerin Dr. Kristina Schröder finden sich unter anderem Fotos von der Veranstaltung, Statements anderer Akteure des Gesundheitswesens sowie ein Auszug aus der Festrede des Theologen Prof. Dr. Wolfgang Huber, der über die Werte von Solidarität und Selbstverwaltung spricht: „Gerade angesichts der großen Herausforderungen unserer Zeit ist diese Selbstverwaltung im zweiten Jahrhundert des vdek genauso nötig wie in dem Jahrhundert, das nun hinter ihm liegt.“



INTERNATIONALE AUSRICHTUNG

Der Verband vernetzt sich auch international. In der Juli-Ausgabe 1952 berichtet *Die Ersatzkasse*, dass die 2. Generalversammlung des Internationalen Krankenkassenverbandes (Association Internationale de la Mutualité, AIM) am 8. Juni 1951 „einstimmig und mit lebhaftem Beifall“ die Aufnahme des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen beschlossen habe. „Damit nehmen deutsche Krankenkassenverbände wieder an der internationalen Zusammenarbeit der Krankenkassen teil, aus der sie seit 1938 zunächst durch den Druck der nationalsozialistischen Staatsführung und bis jetzt durch die Folgen des Krieges ausgeschlossen gewesen sind.“

Bis heute ist diese Mitgliedschaft ein Pfeiler der sozialpolitischen Ausrichtung des Verbandes über die Grenzen hinweg. *ersatzkasse magazin* betont in der Januar-/Februar-Ausgabe 2014 die Bedeutung der AIM: „Sie kämpft für die Erhaltung der sozialen Sicherungssysteme und hilft beim Aufbau von Krankenversicherungssystemen nach dem Vorbild der Gegenseitigkeit. Ihren Mitgliedern dient sie als Plattform für einen Austausch untereinander und als schlagkräftige Vereinigung für eine gemeinsame Interessenvertretung gegenüber den Institutionen der Europäischen Union.“

Am 26. Juni 2014 wird Verbandsvorsitzender Christian Zahn von der Generalversammlung der AIM zum neuen Präsidenten gewählt, worüber *ersatzkasse magazin* in der Juli-/August-Ausgabe 2014 berichtet.

Thematisch konzentriert sich die Verbandszeitschrift vorrangig auf gesundheitspolitische Entwicklungen in Deutschland, doch wirft sie gelegentlich einen Blick über die Grenzen hinweg. In den 70er Jahren beispielsweise berichtet *Die Ersatzkasse* im Rahmen einer Serie, die sich über mehrere Hefte erstreckt, über die französische Sozialpolitik. In der März-Ausgabe 1975 findet sich die Reportage „Eine Reise durch China“, die dem Leben, der Arbeit und sozialen Sicherheit im Land nach der Kulturrevolution nachgeht, die Juli-Ausgabe 1989 nimmt „Frankreichs neuen Sozialplan“ unter die Lupe, und *ersatzkasse magazin* widmet sich in der Mai-/Juni-Ausgabe 2014 zwölf Seiten lang dem Schwerpunktthema Europa.

➔ Gesundheitspolitik nimmt. Dabei lässt sie zunehmend auch andere Akteure aus dem Gesundheitswesen zu Wort kommen. Angefangen mit den Parteien selbst. So kündigt die Januar-Ausgabe 1976 an: „Die im Bundestag vertretenen Parteien haben in den letzten Wochen ihre gesundheitspolitischen Vorstellungen, Leitsätze und Thesen vorgelegt. Sie sind inzwischen also weitgehend bekannt. Auch ‚Die Ersatzkasse‘ hat ausführlich darüber berichtet. Wir haben prominente Sozialpolitiker aller Fraktionen gebeten, die gesundheitspolitischen Ziele ihrer Parteien zu interpretieren. Daß in den Ausführungen ein Schuß Wahlkampf enthalten ist, liegt in der Natur der Sache.“ Diese Tradition führt *Die Ersatzkasse* zu den folgenden Bundestagswahlen fort. In der Ausgabe vom Juli 2009 erhalten die gesundheitspolitischen Sprecher einer jeder zur Wahl antretenden Partei eine volle Seite in der Verbandszeitschrift, um ihre Positionen für das Gesundheitswesen auszuführen. Und auch *ersatzkasse magazin* stellt die Parteiprogramme mit Blick auf Gesundheitspolitik vor. In seiner Ausgabe Juli/August 2013 versammelt es die gesundheitspolitischen Sprecher an einen Tisch, um im Vorfeld der Bundestagswahl im Herbst 2013 die Konzepte, Modelle und Versprechen bezüglich des Gesundheitswesens gemeinsam zu diskutieren.

Daneben räumt die Verbandszeitschrift Verbänden, Organisationen, Journalisten und Wissenschaftlern entsprechend Platz ein. Diese Artikel reichen von der Vorstellung von Studien eines Instituts über Einschätzungen zur gesundheitspolitischen Lage von Hauptstadt-korrespondenten bis hin zu Statements und Kommentaren zu aktuellen Debatten.

Heute legt die Verbandszeitschrift großen Wert auf Meinungsvielfalt, auf einen Dialog mit allen Akteuren der Gesundheitspolitik. Zugleich bleibt sie die Stimme der Ersatzkassen. Es ist der Spagat zwischen Nähe und Konfrontation, zwischen Information und Einflussnahme. Je komplexer die Welt wird, desto mehr gewinnen verlässliche Informationen an Bedeutung, detailliert und pointiert genauso wie hintergründig und facettenreich. Die Verbandszeitschrift tritt ein für ein qualitatives Gesundheitswesen, für Solidarität und eine soziale Krankenversicherung, für die Stärkung der Ersatzkassengemeinschaft. Und nicht zuletzt ist sie Ausdruck der Verbundenheit, heute wie vor 100 Jahren. ■



Annette Kessen
Abteilung Kommunikation
beim vdek



Raffaele Nostitz
Abteilung Kommunikation
beim vdek



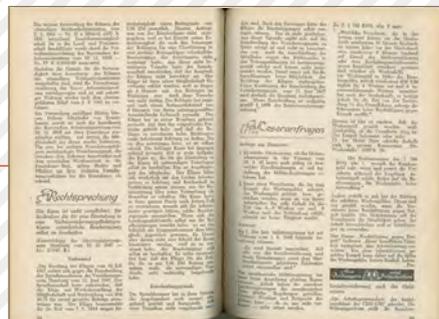
Alexander Brunke
Kommunikation bei der
vdek-Landesvertretung
Berlin/Brandenburg

Das Layout im Verlauf der Zeit

Nicht nur die Themen und Kategorien der Verbandszeitschrift entwickeln sich im Laufe der Jahrzehnte weiter. Es sind auch Erscheinungsbild und Layout, die das Medium prägen und den Wandel von einem Mitteilungsblatt zu einem Magazin begleiten.



1916



1948

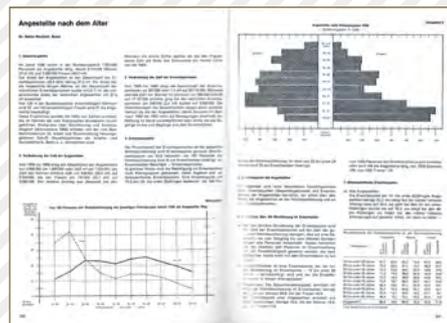


1965

Die erste Ausgabe von *Die Ersatzkasse* erscheint im Oktober 1916, gut vier Jahre nach Gründung des Verbandes und während des Ersten Weltkriegs als „Zeitschrift des Verbandes kaufmännischer Ersatzkassen“. Die monatlich erscheinende Zeitschrift gibt sich als kämpferisches Verlautbarungsblatt der noch jungen Kassenart mit einer entsprechenden Rhetorik. Neben ein bis zwei Aufsätzen zur Verbandspolitik, aber auch zu Gesundheitsthemen der Zeit wie Infektionskrankheiten, finden sich in jeder Ausgabe Rubriken mit Bekanntmachungen zu verschiedenen Themen (z. B. „Bekanntmachungen des Vorstandes“, „Geschäftliches“, „Gesetzgebung“, „Soziale Fürsorge“).

Mit Wiedererscheinen nach dem Zweiten Weltkrieg im 28. Jahrgang hat die Zeitschrift zunächst ein kompaktes Taschenbuchformat, das der defensiven, vorsichtigen Haltung der Redaktion in einer Zeit der Neuorientierung Rechnung trägt. Bereits mit dem nächsten Jahrgang erscheint *Die Ersatzkasse* allerdings wieder im gewohnten Großformat. Im Untertitel bezeichnet *Die Ersatzkasse* sich von nun an als „Mitteilungsblatt des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen“. Der Titel *Die Ersatzkasse* wird ab jetzt in Großbuchstaben geschrieben und Sütterlin hat als Schriftart ausgedient. Eine kleine Auflockerung der Textseiten findet sich durch humorvolle Symbole bei ausgewählten Rubriken-Überschriften. So hängt beispielsweise eine kleine Waage am „R“ der Rubrik „Rechtsprechung“. Es tauchen neue Rubriken auf, wie etwa „Kleine Beiträge zur Arbeitspraxis“, „Rechtsprechungen“, „Aus Zeitungen und Zeitschriften“ und „Amtliche Verlautbarungen“, wobei diese zwischen der amerikanischen, britischen, französischen und sowjetischen Besatzungszone mit ihren jeweiligen Ausgestaltungen der Krankenversicherung unterscheidet.

Eine leichte Modernisierung erfährt *Die Ersatzkasse* 1965 durch eine neue Schriftart weg von der bisherigen Schreibmaschinentypologie. Das Schriftbild wird weiter aufgelockert, indem neben den Textseiten mit zwei gleich breiten Spalten nun die jeweils erste Seite jeder Ausgabe eine schmale und eine breite Spalte bekommt. Während der Haupttext in der breiten Spalte läuft, wird die linke schmale Spalte für Überschriften genutzt. Neues Element sind illustrierte Grafiken, anfangs noch recht sparsam verwendet. Auch Fotos, bislang absolute Ausnahme, sind jetzt gelegentlich zu finden, vornehmlich von Großveranstaltungen des Verbandes.



1970

Die Zeitschrift bekommt 1970 ein strahlend blaues Cover – der erste Farbtupfer seit ihrer Gründung. Im Heft hingegen bleibt es gewohnt schwarz-weiß, doch es kommt wieder eine neue, modernere Schrift zum Einsatz. Außerdem findet ein weiterer Ausbau grafischer Elemente wie illustrierter Grafiken und Fotos statt. Auch Tabellen, Statistiken und Listen sind vermehrt wichtige Informationsbausteine der Zeitschrift und prägen ihr Erscheinungsbild.

Eine sanfte Änderung gibt es bei der inhaltlichen Gestaltung. Leitartikel, auch schon aus früheren Ausgaben bekannt, behandeln auf den ersten Heftseiten jetzt regelmäßig Gesetzesvorhaben, gesundheitspolitische Debatten oder auch wichtige Gesundheitsfragen. Hier rückt der Fokus etwas weg von der Behandlung verbandsinterner Themen. Im zweiten Teil des Hefts sind die seit dem ersten Jahrgang schon bekannten kleineren Rubriken zu finden, wie etwa „Amtliche Verlautbarungen“, „Presseschau“ und „Neue Bücher“. Neu ist die Rubrik „Die Ersatzkassen berichten“. Damit wird erstmalig ein fester Platz für die Mitgliedskassen reserviert, um über Neuigkeiten direkt aus den Mitgliedskassen zu informieren.



1993

Ein komplett neues Layout erhält das Verbandsmagazin 1993 – die erste umfassende Umstellung seit Gründung. Endlich kommt Farbe in das Blatt, wenngleich Schrift, Fotos und Grafiken schwarz-weiß bleiben. Von nun an dominiert ein helles Blau, das Initialen und Kästen färbt, und die Texte erscheinen abermals in einer neuen Schrifttype. Es gibt jetzt noch mehr grafische Elemente und auch die Kopfzeilen sind gestaltet. Insgesamt wirkt alles durch mehr Weißraum weniger gedrängt.

Mit dieser ersten großen Umstellung des Layouts wird ein Inhaltsverzeichnis erstmals fester Bestandteil. Es halten neue Rubriken Einzug, wie etwa „Berichte Analyse Meinungen“, „Pressekonferenzen“ und „Für die Praxis“. Außerdem kommen ab jetzt verstärkt namhafte Autoren zu Wort, die nicht direkt dem Ersatzkassenbereich angehören, um den Debattencharakter des Heftes auszuweiten. *Die Ersatzkasse* ist mittlerweile von anfangs 16 auf den heutigen Umfang von regulär 44 Inhaltsseiten angewachsen.



1998

Das Layout der Zeitschrift hat sich bisher eher schleppend entwickelt. Ab den 90er Jahren hingegen kommt es in kürzeren Abschnitten zu deutlich umfangreicheren Neugestaltungen. Bereits fünf Jahre nach der ersten wirklich tiefgreifenden Überarbeitung gibt es wieder einen Relaunch, der die konventionellen Formen einer verbandstypischen Fachzeitschrift ausdrücklich verlassen möchte. Mehr Farbe bei der Seitengestaltung ist das Leitthema. Zum hellen Blau gesellen sich diverse Pastelltöne, um Rubrikenüberschriften, Infokästen u. ä., oder auch komplette Seiten, zu hinterlegen. Grafische Gestaltungselemente halten verstärkt Einzug ins Magazin. Am dominantesten aber ist die Änderung bei den Fotos. Diese erscheinen jetzt nicht nur in Farbe, sondern werden neben der klassischen Bebilderung von Artikeln auch als freigestellte Elemente für die Auflockerung der Seiten genutzt.

Auch bei der inhaltlichen Gestaltung gewinnt *Die Ersatzkasse* an Farbe: Meinungen und Positionen sowie Persönlichkeiten des Gesundheitswesens erhalten in einer jetzt sehr stark ausgeprägten Rubrizierung ein Forum („Die andere Meinung“, „Position“, „Wie ich es sehe“, „Porträt“). Viele kurze Texte und Kolumnen dominieren das Blatt. Gerade auch auf die Darstellung gegensätzlicher Ansichten wird verstärkt eingegangen – durch ein „Pro & Contra“ oder indem Vertreter aller großen Parteien zu einem Thema befragt werden.



2003

Nach abermals fünf Jahren ist es erneut an der Zeit für einen Relaunch. Was kann kommen nach einem unkonventionellen, verspielten Layout? Reduktion und Sachlichkeit bei zeitgemäßer Weiterentwicklung ist 2003 das Motto. Die Farbgebung bei der Seitengestaltung wird deutlich zurückgefahren, es dominiert jetzt ein dunkles Blau, aufgelockert durch verschiedene Blaustufen, und als Hingucker ein kontrastierendes Rot. Freigestellte Fotos werden nicht mehr eingesetzt. Doch Fotos gewinnen insofern an Bedeutung, als sie von jetzt an auch großformatig eingesetzt werden – beispielsweise als ganzseitiger Hintergrund für die Einleitung der Titelthemen. Denn das ist eine konsequente Weiterentwicklung der Zeitschrift hin zu einem Magazin: Von nun an behandelt jede Ausgabe einen Themenschwerpunkt mit mehreren Texten.



2010

Die Geburtsstunde von *ersatzkasse magazin* schlägt. Waren die vorangehenden Relaunches tiefgreifend, so ist der des Jahres 2010 radikal. Denn nicht nur der Titel, sondern auch die inhaltliche Gestaltung werden neu gedacht. Die Erscheinungsweise ändert sich auf nur noch alle zwei Monate, dafür mit deutlich aufwändiger gestaltetem Inhalt. Innovativ, ansprechend, meinungsstark – unter diesem Leitspruch erhält die Zeitschrift eine stärkere journalistische Ausrichtung, was sich unter anderem mit Interviews und Reportagen als neuen Formaten ausdrückt. Generell wird übersichtlicher und anschaulicher berichtet in Form von separaten Infokästen, Kurzinterviews („Drei Fragen an ...“) und Statements. Ein Merkmal ist auch ein in jeder Ausgabe mehrseitiges, mit Bildstrecken angereichertes Interview mit einer Persönlichkeit des Gesundheitswesens. Der Meinungs-austausch erhält noch größeres Gewicht. Regelmäßig verfassen Journalisten wichtiger Medien Kommentare und längere Artikel zu aktuellen Entwicklungen. Dominantes gestalterisches Element sind große Illustrationen, die sich durch das gesamte Magazin ziehen und für jede Ausgabe themen- und artikelspezifisch angefertigt werden. Jetzt dominiert Weiß das Layout mit den in schwarz-weiß gehaltenen Illustrationen, dem weißen Cover und großzügigen Weißräumen auf den Seiten, die für eine luftige, moderne Optik sorgen. Ab jetzt erhält die Verbandszeitschrift auch einen eigenen Webauftritt, der in das Portal www.vdek.com des Verbandes integriert ist.



2013

Zum bislang letzten Mal tut sich etwas bei Optik und Aufbau von *ersatzkasse magazin*. Nachgesteuert wird bei der Struktur der Zeitschrift, die nun in fünf Rubriken aufgeteilt wird und damit die bisherige, auf zwei Ebenen gegliederte Struktur vereinfacht. Zum Titelthema, das den größten Teil ausmacht, gesellt sich mit der Rubrik „Im Fokus“ ein zweiter kleinerer Themenschwerpunkt, um komplexe Zusammenhänge künftig mit mehreren Texten besser beleuchten zu können.

Und es kommt wieder mehr Farbe ins Heft: Fünf Rubriken und fünf Farben, mit diesem Ansatz ist für den Leser ab jetzt beim Blättern sofort ersichtlich, welcher Artikel zu welcher Rubrik gehört. Das Cover ist hellblau hinterlegt und die Illustrationen werden mit den Rubrikenfarben bunt gestaltet. ■



VERBANDS- KOMMUNIKATION IM WANDEL

104 Jahre ist der Verband der Ersatzkassen jung, und das bedeutet auch: 104 Jahre Verbandskommunikation. Denn schon immer war es eine zentrale Aufgabe des am 20. Mai 1912 gegründeten Verbandes Kaufmännischer Eingeschriebener Hilfskassen (Ersatzkassen), der heute Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek) heißt, die Interessen und Positionen seiner Mitgliedskassen nach außen und innen zu tragen. Mit *Die Ersatzkasse* (heute *ersatzkasse magazin.*) kam vier Jahre später ein wichtiger Eckpfeiler der Verbandskommunikation hinzu.

/Text/ Michaela Gottfried

Der Anlass für die Gründung des Verbandes ist ein bis heute aktueller: Es ging um Kassenwettbewerb, insbesondere um die Rechte der sogenannten freien Hilfskassen bzw. Ersatzkassen gegenüber den staatlich gegründeten Primärkassen. Für die Arbeiter waren das die Ortskrankenkassen, die nach der Gründung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) am 15. Juni 1883 in ganz Deutschland aus dem Boden schossen. Schon bald zeigte sich, dass die vorhandenen Instrumente der Verbandskommunikation allein nicht ausreichten, um sich im Kampf gegen die Ortskrankenkassen und dem steigenden Druck des Staates zu behaupten. Ein Verbandsorgan wurde als notwendig erachtet. Und so erscheint im Oktober 1916 erstmalig die Verbandszeitschrift *Die Ersatzkasse*. In der ersten Ausgabe heißt es: „Mit der Zeitschrift soll auch nach außen hin die innere Geschlossenheit der kaufmännischen Ersatzkassen zum Ausdruck kommen, die gewillt sind, gemeinsam allen Stürmen zu trotzen und gemeinsam an die Lösungen heranzutreten, die der Krankenversicherung gestellt werden.“ Und man wolle „der planmäßigen Bekämpfung der Ersatzkassen entgegentreten“.

^{1/2} Zur Bedeutung der Verbandspresse für die Verbände sowie zur Definition von Kioskfähigkeit vgl. u. a. Zeese, Jan (2010): Verbandszeitschriften: empirische Befunde. In: Hoffmann, Olaf/Stahl, Roland (Hrsg.) (2010): Handbuch Verbandskommunikation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 223-236.



Michaela Gottfried
Abteilungsleiterin
Kommunikation beim vdek



Mitgliederbindungs- kommunikation und politische Kommunikation

Das kämpferische Wording, die journalistische Qualität und das Themenspektrum haben sich zwischenzeitlich geändert, doch die grundsätzlichen Motive für die Herausgabe eines Verbandsmagazins sind bis heute die gleichen. Es geht um Verbandskommunikation, und zwar nach innen im Sinne einer Mitgliederbindungskommunikation und um politische Kommunikation nach außen. Mitglieder, politische Entscheidungsträger, Vertragspartner, Presse und andere Multiplikatoren sollten und sollen regelmäßig mit Informationen über die Aktivitäten und Entscheidungen des Verbandes versorgt werden, der Bekanntheitskreis des Verbandes erhöht und das Image gefördert werden. Diese Funktionen nimmt die Verbandszeitschrift bis heute so wahr.

Ersatz
Bunde
den So
Ja zu
Ersatz
Gleich





...sich auf der Pressekonferenz

...politik durch Einbindung und Ausweitung ihrer Leistungen
...Krankenkassen. Sozialepolitik durch Umgestaltung zur Erfüllung
...neuer Spielräume dagegen ist ein Muss. Das ist ein
...sich nicht an Ermittlungen
...auf
...fühlt, für die ich mich bedanke. Und selbst jene, die auf
...Marktplatz ist einzuweisen, werden in Kammern der Ge-
...wie hand- und behutsamer

Weitere Aufgaben
Wirtschaftsbedingungen und Transparenzregelungen haben
...nicht ihrer Durchsetzung durch die Selbstverwaltung
...sind wir noch nicht am Ziel, aber ein
...Mit den Festbeträgen sind wir noch nicht am Ziel, aber ein
...gutes Stück vorwärts gekommen. Es geht nicht, diese Rück-
...die Festbeträge bereits vom Staat weg. Und bei jeder
...Etappe wird dieser Ruf wieder laut. Es geht nicht, ist der

Verordnungen
...ich möchte mich ausdrücklich bei den Ärzten, einem so
...verantwortungsvolle Verordnungen durch einen so
...umfassen Arztbesuchsum engagiert sein. Die Zahl
...der kassenärztlichen Verordnungen ist um 3,5 % zurückgegan-
...gen. Die Verordnungen der therapeutisch orientierten Arznei-
...mittel wurden reduziert. Gesundheitspolitik und Kostenan-
...kung haben sich die Hand gereicht und damit die Anwerbe-
...die wirtschaftliche Vernunft und medizinischer Fort-
...sicht Feinde waren.

Pflege – das große Thema der Zukunft –
Wir haben in der Bundesrepublik ein Sozialstaatsgebäude von
...reparaturbedürftigen Umfang. Jede dritte Mark die Sozialproduk-
...geben

berung,
über-
Lebens

halten,
am ab-
die Ge-
für die
ge wer-

305



DIE ERSATZKASSE
Zeitschrift des Verbandes
der Angestellten-Krankenkassen e.V.
und des
AEV-Arbeiter-Ersatzkassen-Verbandes e.V.

Sieburg, im November 1992
72. Jahrgang

tzkassentag 1992
weite Solidarität – Garant für
ozialstaat Deutschland
Angestellten- und Arbeiter-
kassen – Vielfalt statt
macherei

409

Immer wichtiger für die Pressearbeit sind Veranstaltungen. 1990 berichtet *Die Ersatzkasse* groß von einer Pressekonferenz mit Norbert Blüm. Auch der bis in die 90er Jahre stattfindende Ersatzkassentag, der mittlerweile von anderen Formaten abgelöst wurde, fand im Heft viel Präsenz.

Vor allem im historischen Kontext betrachtet ist der Wert der Zeitschrift nicht zu unterschätzen. Denn die Möglichkeiten der Verbandsfunktionäre, mit ihren Mitgliedern, Entscheidungsträgern und Vertragspartnern zu kommunizieren bzw. die Botschaften in der Öffentlichkeit zu platzieren, waren begrenzt. Sie beschränkten sich auf persönliche Gespräche, Telefon, Versammlungen, Briefe und Zeitungen. Die erste Pressemitteilung des Verbandes erschien am 27. Februar 1959. Radio und Fernsehen gab es zur Gründungszeit des Verbandes in Deutschland noch nicht, ganz zu schweigen von Internet, E-Mail und Mobiltelefon.

Die Entscheidung, eine Verbandszeitschrift ins Leben zu rufen, kann deshalb auch als Stärke der Ersatzkassengemeinschaft und ihres Verbandes gewertet werden. Man hatte sich etabliert und trotz unterschiedlicher Interessen der damals noch sehr zahlreichen Mitglieds-kassen brauchte man auch ein „Flaggschiff der Verbandskommunikation“¹. Die Ansprachen der jeweiligen Verbandsvorsitzenden und Geschäftsführer in der 100-jährigen Geschichte der Verbandszeitschrift unterstreichen das Erstarke der Ersatzkassengemeinschaft, das Selbstbewusstsein gegenüber der Politik und dem Staat, aber auch der stete

Kampf um den Erhalt dieser Entscheidungsspielräume. Möglich war das in dieser Form sicher nur innerhalb eines politischen Systems mit demokratischer Grundordnung und einem Krankenversicherungssystem mit Recht auf Selbstverwaltung. Zur Zeit des Nationalsozialismus änderte sich dies bekanntlich massiv. Immerhin gelang es dem damaligen Verband der Angestellten-Krankenkassen e. V. (VdAK), seinen Rechtsstatus als eingeschriebener Verein beizubehalten, doch musste auch er sich mehr und mehr der nationalsozialistischen Staats- und Rassenideologie unterordnen. Auch *Die Ersatzkasse* wird in dieser Zeit zum Propagandainstrument der Nazis missbraucht. Mitte März 1943 wird sie vorläufig auf Anordnung des Präsidenten der Reichspressekammer aus kriegswirtschaftlichen Gründen ausgesetzt.

Das Gesundheitswesen wird immer komplexer

Auch nach dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg brauchte der Verband eine Verbandszeitschrift. Denn das Gesundheitswesen und die GKV wurden immer komplexer, es kamen immer mehr und neue Aufgaben auf die Ersatzkassen und ihren Verband zu, die erklärt und kommuniziert werden mussten. Neue Leistungen, wie etwa die Vorsorge und Rehabilitation, später auch die Prävention, wurden in den GKV-Leistungskatalog aufgenommen. Mit der Pflegeversicherung entstand ein völlig neuer Sozialversicherungszweig, den die Krankenkassen aufzubauen und zu organisieren hatten. Die Finanzierungssystematik der GKV und die Organisationsstrukturen veränderten sich, zum Beispiel angesichts der Einführung des Finanzausgleichs (Risikostrukturausgleich), der Wahlfreiheit, des Gesundheitsfonds und der Zusatzbeiträge. Und in der Vertragspolitik mussten viele neue Anforderungen des Gesetzgebers, beispielsweise Regionalisierung des Vertragsgeschäfts und die integrierte Versorgung, umgesetzt werden. Die Frequenz der gesundheitspolitischen Gesetzgebung →



Kommuniziert wird heute mehrgleisig und crossmedial.

➔ nahm im Laufe der Jahre erheblich zu. Auch die Themenpalette ist breiter geworden. Patientenorientierung wird zu einem Schlüsselwort in der Gesundheitskommunikation. Die Krankenkassen entwickeln sich vom „Payer zum Player“, sie wollen die medizinische Versorgung für die Versicherten gestalten statt verwalten. Aber auch gesellschaftliche Entwicklungen, wie etwa die Wiedervereinigung oder die zunehmende Europäisierung oder Globalisierung, beeinflussen die Arbeit des Verbandes bis heute.

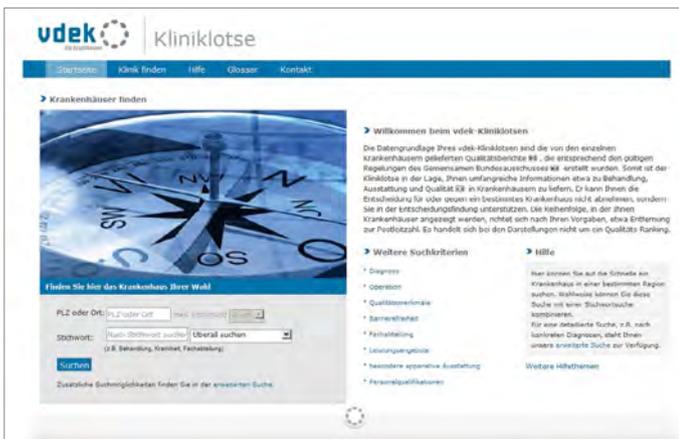
Kommunikation: vielfältiger, schneller, kostengünstiger und professioneller

Die neuen Aufgaben bewirkten auch eine Professionalisierung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes. Die Zeiten sind lange vorbei, in denen der Geschäftsführer bzw. später der Schriftleiter des Verbandsmagazins gleichzeitig die Rolle des Pressesprechers innehatte. 1991 wurde die Pressestelle beim vdek gegründet und mit dem Bedeutungszuwachs der Medien in der Gesellschaft wuchs auch deren innerverbandliche Rolle. Damit einher ging selbstverständlich der rasante technologische Fortschritt, der die Politik, das Gesundheitswesen und die Medienlandschaft gleichermaßen erfasste. Kommunikation wird vielfältiger, schneller, kostengünstiger und professioneller. Insbesondere mit dem Internet stehen dem vdek ganz andere Kommunikationskanäle zur Verfügung, die sich ständig weiterentwickeln. Kommuniziert wird heute mehrgleisig und crossmedial über das Internet und Intranet, es gibt neben *ersatzkasse magazin*, weitere verschiedene Printprodukte, wie etwa Newsletter, Berichte zur Mitgliederversammlung, FAQs und *ersatzkasse reporte*. Informiert und diskutiert wird unter anderem in Pressekonferenzen, Presseworkshops, Hintergrundgesprächen, gesundheitspolitischen Fachforen (vdek-Zukunftsforum und vdek-Zukunftspreis), Festveranstaltungen und Mitgliederversammlungen.



Der vdek ist mit sechs Plattformen im Internet vertreten. Oben: Webaustritt des Verbandes (www.vdek.com) und der Verbandszeitschrift *ersatzkasse magazin*. (www.vdek.com/magazin).

Rechts von oben nach unten: Suche nach niedergelassenen Ärzten (www.vdek-arztlotse.de), Krankenhaussuche (www.vdek-kliniklotse.de), Suche nach ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen (www.pflegelotse.de), Präqualifizierungsstelle des vdek für die Zulassung von medizinischen Hilfsmitteln (www.pqs-hilfsmittel.de).



Äußerst aufschlußreich

sind die wöchentlichen Statistiken über den Zugriff auf die Internetseiten des Verbandes. So läßt sich aus ihnen nicht nur die Zahl der »Besucher« erkennen, sondern auch die Uhrzeiten, zu denen unsere Informationen nachgefragt werden. In der 48. Kalenderwoche zählte der Server z. B. 5.182 Zugriffe, davon um 4.00 Uhr 12, um 3.00 Uhr einen und um 2.00 Uhr zwei.

1998 startet der Verband seinen Webauftritt mit noch überschaubaren Besuchszahlen, wie *Die Ersatzkasse* in der Dezember-Ausgabe 1998 berichtet. Heute hat die Seite im Monat durchschnittlich um die 100.000 Besucher.

Mit diesem breiten Kommunikationsangebot und den zunehmenden Medienaktivitäten reagiert der Verband auf das sich verändernde Kommunikationsverhalten der Öffentlichkeit bzw. der Zielgruppen: Transparenz, Schnelligkeit, eine zielgruppengerechte Aufarbeitung und Interpretation der gesundheitspolitischen Fachthemen, Service- und Dialogorientierung – dies sind heute die Anforderungen an eine moderne Verbandskommunikation.

Die Rolle von *ersatzkasse* magazin. heute

Trotz dieser oder gerade wegen dieser Entwicklungen hat die Verbandszeitschrift des vdek ihren Stellenwert in der Verbandskommunikation behalten bzw. sogar ausbauen können. Dabei haben sich das Design, die Inhalte, die journalistische Qualität und Vielfalt sowie der Vertrieb und die Erscheinungsweise deutlich verändert. Die größte Umgestaltung fand im Spätsommer 2010 statt, nicht zuletzt als Reaktion auf die Organisationsreform der GKV im Jahr 2009 und den damit verbundenen Neuzuschnitt bzw. die Neuorientierung des Verbandes (aus VdAK wird vdek) und den Umzug des Verbandes von Siegburg nach Berlin. Aus einer Zeitschrift mit reinen Fachbeiträgen wurde ein breiter aufgestelltes Fachmagazin, das durchaus auch „kioskfähig“⁴² ist. Es geht um die Vermittlung von gesundheitspolitischer Spezialexpertise, gleichzeitig will die Zeitschrift Meinungsvielfalt und Offenheit demonstrieren. Und natürlich auch ein bisschen Spaß machen. Ob das immer gelingt, das entscheiden die Leser. ■



„Selbst- verwaltung braucht Öffent- lichkeit“

Seit über 25 Jahren ist Christian Zahn in der Selbstverwaltung der Ersatzkassen aktiv. Er ist Mitglied des Verwaltungsrats der DAK-Gesundheit und engagiert sich seit 1993 für den Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek). Seit 2006 ist er dessen Vorsitzender. Durch seine langjährige Tätigkeit weiß er, wie wichtig politische Kommunikation auch für die Selbstverwaltung ist.



Herr Zahn, der Einfluss der Selbstverwaltung fußt auch auf Kommunikation und Information. Welche Rolle spielt die Selbstverwaltung in der Gesundheitspolitik und damit in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und bei den Ersatzkassen?

Aus gutem Grund basieren unsere Sozialsysteme auf drei wesentlichen Eckpfeilern: Solidarität, Sachleistung und Selbstverwaltung. Diese Prinzipien haben sich über 100 Jahre lang bewährt. Die Grundidee der Selbstverwaltung ist, dass der Staat nicht alles allein entscheiden sollte, sondern die Versicherten ihre Belange selbst in die Hand nehmen. Dafür sorgen bei den Ersatzkassen die im Rahmen der Sozialwahl per Urwahl gewählten Vertreter der Versicherten. In den Verwaltungsräten entscheiden diese über die Grundlagen der Versorgungs- und Vertragspolitik ihrer Krankenkasse sowie über grundlegende Dinge, wie den Haushalt oder den Zusatzbeitragssatz. Der Staat setzt den politischen Rahmen – die Selbstverwaltung füllt diesen aus. Das geschieht im regelmäßigen Dialog und in ständiger Auseinandersetzung mit den Versichertenvertretern, den Arbeitgebern, mit der Politik und in gemeinsamer Selbstverwaltung mit den Leistungserbringern.

Wie haben sich die Gestaltungsmöglichkeiten der Selbstverwaltung verändert?

Die politischen Rahmenbedingungen haben sich verändert und damit auch die Gestaltungsmöglichkeiten der Selbstverwaltung. Als die GKV gegründet wurde, gab es in Deutschland noch ein Kaiserreich, dann kamen die Weimarer Republik, das Nazi-Regime, zwei Weltkriege, und in jüngerer Zeit die Wiedervereinigung. Im Nazi-Deutschland wurde die Selbstverwaltung abgeschafft, nach dem

Krieg aber rasch wieder eingeführt. Aus gutem Grund, denn sie ist ein Teil unseres demokratischen Systems, sie sorgt für Bürgerbeteiligung und sozialen Frieden und ist Ausdruck demokratischer Mitbestimmung. Dazu gehört auch, darum zu streiten, wie weit das politische Mandat der Selbstverwaltung geht. Die Selbstverwaltung hat stets – auch unter schwierigen politischen Rahmenbedingungen – um ihre Freiheiten gekämpft.

Die Erwartungshaltung der Versicherten und Öffentlichkeit nach Transparenz und Information ist enorm gestiegen.

Um welche Themen geht es da heute?

Zunächst einmal hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg das Aufgabenspektrum der GKV deutlich erweitert. Mit der sozialen Pflegeversicherung ist ein neuer Sozialversicherungszweig hinzugekommen, es gibt neue Leistungen, wie die Prävention und Rehabilitation, und die Ansprüche an die Versorgungsqualität und -gestaltung sind gestiegen. Der Staat hat die Umsetzung dieser Regelungen

vertrauensvoll in die Hände der Selbstverwaltung gelegt, die das erfolgreich gemeistert hat. Heute erleben wir aber leider, dass der Staat der Selbstverwaltung immer mehr Aufgaben entzieht bzw. die Regelungskompetenz der Selbstverwaltung infrage stellt. Ein Beispiel ist die staatliche Festsetzung des allgemeinen Beitragssatzes für die GKV. Das ist ein grober Eingriff in die Beitragssatzautonomie der Krankenkassen. Darüber hinaus werden die Kontrollmöglichkeiten der staatlichen Aufsichten über die Krankenkassen immer mehr erweitert. Auch das empfinden wir als einen groben Eingriff in die Selbstverwaltung.

Wie hat sich die politische Kommunikation der Selbstverwaltung verändert?

Ohne politische Kommunikation geht es nicht, das war immer schon unser Kerngeschäft. Aber die Anforderungen haben sich gewandelt. Wir haben heute eine viel größere Medienvielfalt, aber auch die Erwartungshaltung der Versicherten und Öffentlichkeit nach Transparenz und Information ist enorm gestiegen. Das ist gut so, denn wir brauchen informierte und aufgeklärte Versicherte. Die Kehrseite ist, dass sich auch die Debattenkultur verändert hat. Viele Konflikte werden öffentlich ausgehandelt und zum Teil dramatisiert, anstatt zunächst im Stillen nach Kompromissen zu suchen.

Ihr Plädoyer für die Zukunft?

Mein Appell richtet sich vor allem an die Politik: Stärken Sie die Selbstverwaltung der sozialen Sicherungssysteme, statt sie durch zu viel staatliche Einflussnahme infrage zu stellen. Denn das selbstverwaltete Prinzip ist modern – die Themen Bürgerbeteiligung und ehrenamtliches Engagement spielen gesellschaftlich eine immer größere Rolle. ■



Gesundheitspolitik als Stiefkind?

Der Begriff Gesundheit ist allgegenwärtig, es ist ein Gut, das die Menschen ihr Leben lang berührt. Die Gesundheitspolitik jedoch erhält auf dem politischen Parkett nicht unbedingt die Aufmerksamkeit, die ihr demzufolge gebühren dürfte. Das liegt auch an ihrer Komplexität.

/Text/ Michael Simon

Gesundheit hat für viele Menschen, aus naheliegenden Gründen, einen hohen Stellenwert. Dies gilt nicht nur für die eigene, persönliche Gesundheit, sondern auch für Themen von Bedeutung für die Gesundheit im Allgemeinen, wie beispielsweise Fragen der bevölkerungsbezogenen Gesundheit, Einflüsse der Umwelt auf die Gesundheit, der Arbeitsbedingungen, der Ernährung etc. Insofern wäre es naheliegend, der Gesundheitspolitik eine zentrale Rolle, wenn nicht gar die zentrale Rolle in der staatlichen Politik insgesamt einzuräumen.



Prof. Dr. Michael Simon
Fakultät V – Diakonie,
Gesundheit und Soziales
der Hochschule Hannover

Betrachtet man jedoch die Realität der bundesdeutschen Politik, so ist Gesundheitspolitik eines unter vielen Politikfeldern, was sicherlich auch damit zusammenhängt, dass die Regulierung der Felder, die Einfluss auf die menschliche Gesundheit haben, auf viele verschiedene Politikfelder und Ministerien verteilt sind. Die Ausgestaltung umweltbezogener Rechtsvorschriften gehört in erster Linie in den Kompetenzbereich des Umweltministeriums, Fragen der Ausgestaltung von Arbeitsbedingungen in den des Arbeits- und Sozialministeriums oder des Wirtschaftsministeriums, Fragen der Ernährungssicherheit sind vor allem dem Landwirtschaftsministerium zugeordnet etc. „Gesundheit“ ist folglich kein auf ein einzelnes Ressort begrenztes Thema, sondern eher so etwas wie ein Querschnittsthema, das sich durch viele Politikfelder zieht bzw. diese tangiert.

Gesundheitspolitik beinhaltet in Deutschland – und nicht nur dort – vor allem die Ausgestaltung des Gesundheitssystems. Auch das allein ist bereits eine ausgesprochen anspruchsvolle und schwierige

Aufgabe, nicht zuletzt wegen der außerordentlich hohen Komplexität des Gesundheitssystems und – im politischen Raum von besonderer Bedeutung – auch wegen der in der Gesundheitspolitik aufeinander treffenden vielfältigen unterschiedlichen und nicht selten diametral entgegengesetzten Interessen.

Angesichts der Komplexität des Systems und der Vielzahl unterschiedlicher Interessen sind die Akteure der Gesundheitspolitik, vor allem die Gesundheitspolitiker, in starkem Maße auf zuverlässige, nicht interessengeleitete Informationen angewiesen. An Informationen zu bestimmten aktuell diskutierten und zu entscheidenden Themen herrscht allerdings häufig kein Mangel. Das Problem sowohl für die in Entscheidungsprozesse eingebundenen Akteure als auch für die interessierte Öffentlichkeit ist jedoch deren sachliche Richtigkeit und vor allem deren Vertrauenswürdigkeit. Vieles, was an Informationen, sogenannten Studien und Hintergrundinformationen in die gesundheitspolitischen Diskussionen eingebracht wird, ist von wirtschaftlichen oder politischen Interessen geleitet, die nicht immer auch offengelegt werden oder erkennbar sind.

Vor diesem Hintergrund kommt den Medien eine besondere Bedeutung zu. Sie sollten nicht nur als sogenannte vierte Gewalt die Regierungspolitik durch kritische Berichterstattung begleiten, sondern vor allem auch unabhängige, nicht interessengeleitete und zuverlässige Informationen bereitstellen. Und diese zweite, angesichts zunehmender Komplexität der diskutierten und zu entscheidenden Fragen auch zunehmend wichtiger werdende Funktion ist noch mit einer zusätzlichen

Herausforderung verbunden. Der für die Berichterstattung zur Verfügung stehende Platz, seien es Zeilen oder Zeichen in Printmedien oder Minuten in audiovisuellen Medien, ist in der Regel knapp – im Grunde zu knapp angesichts der Komplexität der zu behandelnden Themen. Die große Herausforderung für die Medien besteht unter diesen Bedingungen darin, die zunehmende Komplexität der Themen auf den zur Verfügung stehenden Umfang zu reduzieren, ohne dabei zu verfälschen und trotz der Verkürzungen sachlich richtige Informationen zu bieten.

*Gesundheit
ist kein auf
ein einzelnes
Ressort
begrenztes
Thema.*

Gelingt es, komplexe Zusammenhänge so zu reduzieren, dass das Wesentliche enthalten und kein zu sehr verkürztes und dadurch verfälschtes Bild entsteht, ist dies eine journalistische Leistung, die von hohem Nutzen und Wert für die jeweiligen Leser ist. Dadurch wird die Fähigkeit der interessierten Öffentlichkeit gestärkt, gesundheitspolitische Diskussionen zu verstehen und Entscheidungen besser einschätzen zu können. Es dürfte aber auch einem nicht unerheblichen Teil der erfahrenen gesundheitspolitischen Akteure sehr von Nutzen sein, wenn sie sich – angesichts ihrer eigenen knapp bemessenen Zeit – über das eine oder andere nicht zu ihrem Kernbereich gehörende Thema „mal eben schnell“ zuverlässig informieren können. Printmedien wie das *ersatzkasse magazin.*, die solche kurz gefassten, aber dennoch sehr informativen und zuverlässigen Informationen bereitstellen, leisten einen wichtigen Beitrag zur gesundheitspolitischen Diskussion, und es ist zu wünschen, dass sie ihre Funktion auch zukünftig erfolgreich wahrnehmen können. ■





Zur Glaubwürdigkeit gesundheitspolitischer Kommunikation in Zeiten der Digitalisierung

Ob das eine gute Idee ist? Einen Journalisten, der seit anderthalb Jahrzehnten die Berliner Gesundheitspolitik verfolgt, mit einem Text über die Wirkungen und Nebenwirkungen von Öffentlichkeitsarbeit auf die Gesundheitspolitik zu betrauen? Was soll das werden? Ein Ratgeber-text? Eine Innenansicht mit Schlüssellockperspektive? Eine Enthüllungsstory, vielleicht mit einem klitzekleinen Skandal?

/Text/ **Andreas Mihm**

Ohne das geht es nicht mehr im modernen Journalismus, jeder Text ein aufgedeckter Skandal. So viel Investigation muss sein. Gerne gemischt mit einer Prise Betroffenheit und Bekenntnis. Also etwa der Mitteilung, dass schon vor zehn Jahren der Sprecher einer Gesundheitsministerin dem Schreiber dieser Zeilen die „bis dahin gute Zusammenarbeit“ zwar schriftlich, aber großformellos aufkündigte. Ein Brief für die Trophäenwand. Okay, der Text war kein mustergültiges Beispiel von klassischem Nachrichtenjournalismus gewesen, wie man ihn (früher einmal) im Basiskurs der Journalistenschule ausgelegt hätte. Aber ein bisschen schummeln tun wir doch alle.

Nun ja, zehn Monate später war der ministerielle Bann gebrochen. Denn es ist ja auch so: Wer nichts erzählt bekommt, hat nichts zu schreiben. Wem nichts gesagt wird, der schreibt auch nichts, nicht mal was Kritisches. Und über den nicht geschrieben wird, der kommt auch nicht vor. Für politische Ideen ist das die schlimmste Variante. Sie brauchen die Öffentlichkeit wie Tomaten die Sonne: Ohne sie können sie nicht reifen.

Es ist wie mit der Lobby und der Macht: Man mag sich nicht, zuweilen verachtet man sich, aber man braucht einander. Politische Journalisten kommen nicht ohne Politiker aus, die nicht ohne den Transmissionsriemen Journaille. Den braucht auch die Lobby. Sie benötigt für ihre Vorstellungen oft Öffentlichkeit. Denn die ist der Resonanzboden, auf dem sie jene Töne erzeugt, die womöglich ein Echo auslösen und im besten Fall ihre Ideen zum Klängen oder die der anderen zum Schweigen bringen.

Das Zusammenspiel von Medien und Politik ist ein kompliziertes Spiel vieler Wirkungen und Gegenwirkungen. In der Gesundheitspolitik liegt die Latte wie in manch anderen streng regulierten Sektoren besonders hoch. Wie schön lässt sich über personalpolitische Rochaden in Parteien fabulieren? Seehofer oder Merkel, Gabriel oder Schulz? Sie bieten das pralle Leben: Herz, Schmerz, Aufstieg, Sieg, Niederlage, Verfehlungen, alles was menschlich ist. Was sind dagegen die trockene Paragrafenwelt des SGB V, die Technokraten-Runden der Selbstverwaltung mit der „sektorübergreifenden Gesundheitsversorgung“, Akronymen wie AMNOG, IQWIG oder IQTIG, dem „morbidityorientierten Risikostrukturausgleich“? Noch ehe er das Wort überhaupt beendet habe, berichtet ein erfahrener Korrespondent, habe der Kollege in der Zentrale den Hörer schon wieder aufgelegt.

Wobei – zuletzt hat sich das womöglich geändert. Eine Prise Skandal, ein Esslöffel eingestandener Selbstverfehlungen („Auch ich, mein Freund ...“) und fertig war der Hype um den Risikostrukturausgleich. Was für faule Äpfel kamen in der Debatte nicht endlich ans Tageslicht: Kassen betrügen, Ärzte kassieren, eine Milliarde Euro werde der Versorgung vorenthalten. Ja pfui, hat das denn keiner vorher gewusst? Skandal schreit die Medienmeute, angestachelt von



Andreas Mihm
Frankfurter Allgemeine
Zeitung

Klickraten im Internet, der Hoffnung auf Selbstvermarktung mit Fernsehauftritten und Buchtiteln. Bedenken- und gnadenlos sind die Vereinfacher. Sie glauben, das zu dürfen. Sie tragen ja die Fahne der Aufklärung.

Die eine Oktoberwoche medialer Raselei um den „Morbi-RSA“ – schon das Wort lädt zu wohlgschaurigen Verschwörungstheorien geradezu ein – zeigt: Die Debatte ist von wenig Sach- und noch weniger Fachkenntnis getrübt. Da werden Geschichten in die Welt gesetzt, wonach Krankenkassen Rezepte ausstellen (nein, das tun immer noch die Ärzte), eine Berliner Tageszeitung meldete keck über die Krankenkassen: „De facto bestechen sie Ärzte, damit diese ihre Patienten für krank erklären, als sie sind.“ Kranker? Falscher? Fälscher?

Was bleibt von so einer durch viele Zuspitzungen und Fehleinschätzungen geprägten Debatte? Dass Kassen und Ärzte eh' machen, was sie wollen? Dass sie das Geld der Beitragszahler verjubeln? Dass Kassen tricksen und „das System“ korrupt ist, das „wusste“ der unaufgeklärte Rechtspopulist



Von Anfang an fester Bestandteil der Verbandszeitschrift: Die Presseschau. Hier ein Beispiel aus dem Jahr 1965.

schon vorher. Wem also helfen solche Debatten? Dem interessierten Leser? Demjenigen, der sie angestoßen hat, in der Hoffnung auf Veränderung zu seinem eigenem Vorteil? Den Journalisten und „Medienmachern“?

Vielleicht sind die Fragen nur falsch gestellt. Womöglich lässt der sich rapide wandelnde Medienmarkt andere Ausdrucksformen als das

superschnelle Erhitzen, Verformen und Anpassen von Inhalten gar nicht mehr zu.

Journalisten sind ihrem Anspruch nach Informationsvermittler. In einer komplexer werdenden Gesellschaft wachsen die Ansprüche an ihre Übersetzungsleistung. Zum einen differenzieren sich die Sachverhalte und Regelungsinhalte wie in der Gesundheitspolitik immer weiter aus. Der wachsenden Komplexität steht jedoch ein Publikum gegenüber, dessen Aufmerksamkeitsspanne schrumpft und das einfache Antworten und Erklärungsmuster sucht. Die Kluft, über die der Journalist seine Botschaft zum Empfänger balancieren muss, wird also größer.

Allerdings werden erfahrene Berichterstatter rar. Weniger Zeitungen und Sender leisten sich Fachleute etwa für gesundheitspolitische Fragen. Die, die noch da sind, haben indes weniger Zeit, Informationen zu überprüfen, zu durchdenken und zu formulieren. Online-Medien verlangen alles und das möglichst sofort. Das Verlangen der „User“ nach Bewegtbildern reduziert die Möglichkeiten zusätzlich, schwierigere Sachverhalte darzustellen. Exklusivität schlägt Relevanz, Schnelligkeit gewinnt vor Kompetenz, Meinungsstärke obsiegt über Urteilsfähigkeit. Müssen wir uns einrichten auf die Wahl zwischen falsch oder gar nicht?

Vielleicht ist das zu schwarz gesehen. Aber wer jenseits technokratischer Zirkel gesundheitspolitische Debatten – die in streitarmen Zeiten einer großen Koalition eh schwer zu entfachen sind – für notwendig und sinnvoll hält, der muss dafür etwas tun. Und zwar mehr, als Spindoktoren mit einfachen Botschaften in Marsch zu setzen oder ab und an zu einer Pressekonferenz zu laden. Er muss sachgerecht informieren, seine Interessen deutlich machen, einen langen Atem haben, erreichbar sein, also – mit einem Wort – glaubwürdig. ■





Veränderungen in der öffentlichen Kommunikation

Die Medienlandschaften und damit auch die Mediennutzung waren schon immer Veränderungen unterlegen. Dabei erfuhren die Medien in Deutschland insbesondere in den letzten 30 Jahren enorme Veränderungsschübe. Das wirkt sich auch auf die Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation von Verbänden aus.

/Text/ Günter Bentele

Massenmedien, abgekürzt oft nur als „Medien“ bezeichnet, spielen ebenso wie deren individuelle Akteure, die Journalisten, im Kommunikationssystem Öffentlichkeit eine zentrale Rolle. Wenn man nach den Aufgaben und der Rolle der Medien fragt, so ist hierzulande in der Regel die normativ begründete Aufgabenstellung von Medien innerhalb der pluralistisch-parlamentarischen Demokratie gemeint. Formulierungen für solche normativen Aufgabenstellungen finden sich in Art. 5 GG, in den Landespresse- und Rundfunkgesetzen sowie in den verschiedenen Staatsverträgen. Medien sollen u. a. über die Geschehnisse der Welt informieren, sie sollen unterhalten, aber auch Kritik an Missständen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft üben. In dem Maße, in dem sich die normativen Aufgabenstellungen für Medien auch als tatsächliche Aufgabenstellungen verfestigen, sprechen wir von den Funktionen der Massenmedien.

Als grundlegendste Funktion der Massenmedien, als Basisfunktion also, ist die Informationsfunktion zu nennen, neben der die Unterhaltungsfunktion als eine zweite Kernfunktion steht. Auf der Informationsfunktion aufbauend, können

verschiedene politische, soziale und ökonomische Funktionen unterschieden werden.

Zu den politischen Funktionen zählen für alle Demokratien als essenziell wichtige Funktionen vor allem die Artikulationsfunktion, die politische Sozialisations- und Bildungsfunktion, dann vor allem die Funktion der Herstellung von Öffentlichkeit und die Kritik- und Kontrollfunktion. Gerade diese ist es, die für Demokratien lebenswichtig und konstitutiv ist. Wenn diese Funktion in einer Gesellschaft bedroht oder aufgrund autokratischer, totalitärer oder diktatorischer politischer Strukturen gar nicht vorhanden ist, fehlt ein gesellschaftliches Korrektiv, eine Instanz, die Missstände thematisieren, anprangern und damit auch tendenziell verbessern kann. Die Gesellschaften bekommen autoritäre, gelegentlich diktatorische Züge, sie schränken wesentliche Freiheiten, wie etwa die Informations- und Meinungsfreiheiten, ein und erstarren.

Bei den sozialen Funktionen stehen die Sozialisationsfunktion, die soziale Orientierungsfunktion, die Integrationsfunktion und die Rekreationsfunktion im Mittelpunkt. Unterhaltung ist neben der Information nach wie vor für einen Großteil der Bevölkerung ein zentrales Motiv, überhaupt Medien zu nutzen, dem Fernsehen kommt dabei die wichtigste Rolle zu.



Es sind aber nicht nur professionelle Journalisten in den Medien, die diese Funktionen ausüben. Auch die gesamte Kommunikation von Organisationen unterschiedlicher Art, also Unternehmen, Parteien, Verbände und Vereine, NGOS, die ja den Massenmedien mindestens zwei Drittel ihrer Inhalte, Themen und ihres gesamten Stoffes liefern, hat wichtige gesellschaftliche, ja demokratiekonstitutive Funktionen: Ohne diese Informationszulieferung müssten die Zeitungen weitgehend weiß bleiben und die Hörfunk- und Fernsehnachrichten würden Stille und Schwarzbilder produzieren. Die Medien könnten ohne Öffentlichkeitsarbeit nicht existieren. Erwähnenswert ist aber auch noch die Rolle von Laien, also die Beteiligung von Bürgern an demokratischen Öffentlichkeiten. Dies ist wichtiger geworden, gerade auch durch die Entwicklung der Medien im Online-Bereich, vor allem durch die sozialen Medien.

Veränderte Medienlandschaften, Mediennutzung und Medienproduktion

Medienlandschaften und Mediennutzung haben sich immer schon verändert, Ursachen waren politische, wirtschaftliche, technische und allgemeine gesellschaftliche Veränderungen. Häufig wurden diese Veränderungen und das Aufkommen „neuer Medien“ auch „schon immer“ kritisiert: Schon Platon hatte Kritik an der Schrift geübt, weil sie die Vergesslichkeit des Menschen fördere, die aufkommende Fotografie wurde Mitte des 19. Jahrhunderts (gegenüber der Malerei) kritisiert, weil sie nur ein technischer Prozess sei, beim Film wurde vor allem der Verbreitungskanal Kino kritisiert, weil

Kinos der Moral der Bevölkerung abträglich seien. Jedes „neue Medium“, jeder neue Verbreitungskanal (Schrift, Buch, Tageszeitungen, Fotografie, Film, Fernsehen, Online-Medien, Mobiltelefon, Social Media etc.) wurde zunächst auch kritisch gesehen, bevor sich zwar nicht alle, aber doch viele dieser Medien durchsetzen konnten, weil viele Menschen auch positive

Erfahrungen mit diesen Medien machen konnten, die negativen Aspekte sich als beherrschbar herausstellten oder der Staat Gesetze und Regeln verordnete, die die Akzeptanz in breiteren Gesellschaftsschichten herstellen konnte.

Die Medienlandschaft in Deutschland war bis Ende der 1970er Jahre relativ stabil und gekennzeichnet von privatwirtschaftlich organisierten Printmedien (Tageszeitungen, Wochenblätter, →

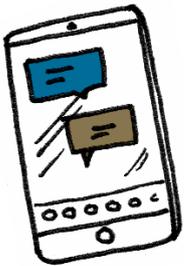
Ökonomische Funktionen sind die Zirkulationsfunktion, wobei vor allem die Informationsfunktion, wobei vor allem die Informationen über Waren und Produkte, die über die Werbung und den redaktionellen Teil wichtig für die Volkswirtschaft sind, gemeint sind, die herrschaftliche, machtbezogene Funktion sowie die regenerative Funktion. Natürlich gibt es auch Dysfunktionen der Medien, also für die Gesellschaft nicht erwünschte oder negative Funktionen und Wirkungen der Medien. Dazu gehören nicht nur Desinformation, Manipulation oder „Zeitvernichtung“, sondern auch der „Eskapismus“, also die Flucht aus der Realität, oder die „Desintegration“, eine Wirkung, die negative Integration beispielsweise dadurch erzeugt, dass sie Wissensklüfte zwischen Bevölkerungsgruppen vergrößert, statt diese zu verkleinern, oder dass sie parasoziale Beziehungen im Sinne von Kontaktersatz hervorbringt.

Sicher ist es eine wesentliche Aufgabe und Funktion von Medien, zu unterhalten. Auch für Unterhaltung ist natürlich zunächst Informationstransfer notwendig. Aber hier spielen Kreativität und Originalität eine wichtigere Rolle als z. B. bei der Nachrichtenberichterstattung. Unterhaltung kann zur Erholung beitragen, was Ausprägung der Rekreativfunktion der Massenmedien ist, aber – als Dysfunktion auch zur Erschöpfung.





→ Fachzeitschriften etc.), daneben von dem Buchmarkt und dem Filmsektor mit Kino und Video als Abspielkanälen. Das duale Rundfunksystem, d. h. das Nebeneinander von öffentlich-rechtlichen und privaten Fernseh- und Hörfunk-Anbietern entstand in den 1980er Jahren durch technische Entwicklungen (Auflösung der Frequenzknappheit) und höchst-richterliche Entscheidungen, die auch privaten Hörfunk und Fernsehen möglich machten. Die ARD mit ihrer föderalen Struktur und einer Vielzahl von Fernseh- und Hörfunkprogrammen, das ZDF und vor allem eine Vielzahl von privaten Fernsehprogrammen, aber auch lokalen und regionalen Hörfunkprogrammen haben sich in ein komplexes System von Vollprogrammen, Sparten, Fensterprogrammen, aber auch Lokal- und Regionalprogrammen ausdifferenziert.



Soziale Veränderungen durch Digitalisierung

Diese Medienstruktur in Deutschland, die sich seit den 1980er Jahren herausgebildet hatte, hat seit Mitte der 90er Jahre einen erneuten Veränderungsschub durch die Digitalisierung im Prinzip aller Medienangebote erhalten. Die Digitalisierung hat weltweit, so auch in Deutschland, immense soziale Veränderungen bewirkt und bewirkt solche noch immer. Die Mediatisierung der Gesellschaft und aller gesellschaftlicher Teilbereiche, d. h. immer stärkere Prägung sozialer Prozesse durch mediale Regeln, schreitet fort, Individualisierung und Fragmentierung der Gesellschaft entwickeln sich, das Tempo der Veränderungen ist gerade seit Aufkommen von Social Media atemberaubend. Durch die sozialen Medien wird die öffentliche Kommunikation der Social Media-Öffentlichkeit erstens schneller, zweitens direkter und persönlicher und drittens meinungsstärker, häufig auch emotionaler. Die Kehrseite von „meinungsstärker“ ist jedoch auch „gefühlshängiger“. Dies wird in der politischen Kommunikation – man denke an den amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 2016 –, aber auch der Wirtschaftskommunikation, im Sport, selbst in der lokalen Kommunikation deutlich. Dieser Veränderungsprozess macht sich auch einer sich stark verändernden Mediennutzung der Gesamtbevölkerung und vor allem bestimmter Nutzergruppen, zum Beispiel der jüngeren Altersgruppen, fest.

Wie sieht die heutige Mediennutzung der Bevölkerung und die bestimmter Gruppen, vor allem

der jüngeren Altersgruppen (Beispiel: die 14- bis 29-Jährigen) aus? Das Alter ist deutlich stärker prägend als die Geschlechts-, Bildungs- oder Einkommensdifferenzierung. Man kann davon ausgehen, dass die Verhaltensmuster dieser Gruppe sich in den nächsten Jahren fortsetzen und verbreitern und damit auch die Mediennutzungsmuster der Gesamtbevölkerung immer stärker beeinflussen wird.

Was die Nutzung klassischer Medien anlangt, so schauen „die Deutschen“ im Jahr 2016 im Durchschnitt nach wie vor drei Stunden und 40 Minuten fern, sie hören über drei Stunden Radio und sie nutzen fast zwei Stunden (111 Minuten) das Internet. Insgesamt hat sich durch die Internetnutzung die Nutzungsstruktur innerhalb der letzten 15 Jahre erheblich geändert: Haben im Jahr 2003 ein Drittel der Bevölkerung das Internet zumindest selten genutzt, und 15 Prozent täglich, so sind im Jahr 2016 die Werte 58 Prozent (zumindest selten) und 45 Prozent tägliche Internetnutzung. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung ist die Nutzungsdauer im Jahr 2016 bei den Frauen 104 Minuten, bei den Männern 128 Minuten. Das Smartphone ist dabei das Gerät, mit dem das Internet von 50 Prozent genutzt wird, ein Drittel der Gesamtbevölkerung nutzt das Internet unterwegs.

Wenn man sich aber die jüngere Gruppe der 14- bis 29-Jährigen ansieht, dann ist diese Gruppe heute schon über vier Stunden täglich (245 Minuten) online und damit doppelt so lange wie der Durchschnitt, sie hat Fernsehen 2014 aber nur noch gut zwei Stunden (128 Minuten) täglich genutzt. Von denjenigen, die das Internet mindestens einmal wöchentlich nutzen, suchen in diesem Jahr 77 Prozent Informationen, 81 Prozent senden oder empfangen E-Mails. Bei den 14- bis 29-Jährigen suchen 83 Prozent Informationen, 80 Prozent senden und empfangen E-Mails. Die Film- und Videonutzung im Internet liegt in der Bevölkerung bei denjenigen, die das Internet mindestens wöchentlich einmal nutzen, bei 67 Prozent, bei den 14- bis 29-Jährigen bei 95 Prozent. Onliner nutzen zu 48 Prozent aktuelle Nachrichten online, bei den 14- bis 29-Jährigen sind es 56 Prozent. 83 Prozent derjenigen, die regelmäßig online sind, nutzen Google, bei den 14- bis 29-Jährigen sind es 96 Prozent; Wikipedia wird insgesamt von 42 Prozent genutzt, bei der jüngeren Gruppe sind es 58 Prozent. 50 Prozent aller Facebook-Nutzer waren letztes Jahr 14 bis 29 Jahre alt, WhatsApp wurde 2015 stärker als Facebook genutzt, bei



Prof. (em.) Dr. Günter Bentele
Institut für Kommunikations-
und Medienwissenschaft der
Universität Leipzig

den 14- bis 29-Jährigen hat dieser Dienst eine Reichweite von 80 Prozent. Leicht zugenommen hat die Nutzung von Foto-Communities wie Instagram, das aber insgesamt nur von 15 Prozent mindestens einmal wöchentlich, von der jüngeren Altersgruppe zu 35 Prozent genutzt wird. 18 Prozent der deutschen Internetnutzer informieren sich gelegentlich über das aktuelle Geschehen in sozialen Netzwerken, bei den 14- bis 29-Jährigen sind es schon ein Drittel (32 Prozent). Dieser Befund zeigt, dass auch die traditionelle Nachrichtenrezeption über Zeitungen und Fernsehnachrichten auf den Kopf gestellt wird, sie wandert zu wichtigen Teilen in die sozialen Medien ab.

Konsequenzen für die Verbändekommunikation

Verbände spielen in pluralistisch verfassten, parlamentarischen Demokratien eine wichtige und wesentliche Rolle, fungieren sie doch als Vertretung wichtiger, gesellschaftlicher Interessen. Parlamentarische und verbandliche Interessenvertretung ergänzen sich und sind miteinander verwoben, dies wird heute nicht nur von der Politik selbst, sondern auch von Politikwissenschaft und Demokratietheorie durchgängig anerkannt. Dies im Gegensatz zu den 60er und auch noch 70er Jahren. Zeiten, in denen die Begriffe vom „Verbändestaat“, von der „Allmacht der organisierten Interessen“, häufig verbunden mit einer Verteufelung einer wichtigen Form von Verbändekommunikation, nämlich dem Lobbying, gang und gäbe waren. Die wichtigsten Funktionen von Verbänden, von der Interessenaggregation über die Interessenselektion und Interessenartikulation bis zu den übergreifenden Funktionen Integration, Partizipation, Selbstregulierung und vor allem der übergreifenden Funktion Legitimierung sind mit interner und externer Kommunikation von Verbänden verbunden. Wenn dies so ist, dann lässt sich nach den Auswirkungen der Veränderungen im gesellschaftlichen Mediensystem, insbesondere auch der sozialen Netzwerke und Medien, auf die Kommunikation von Verbänden fragen. Natürlich müssen Verbände – ob sie wollen oder nicht – wie jede Organisation intern und extern auf unterschiedliche Art und Weise in unterschiedlichen Kanälen kommunizieren.

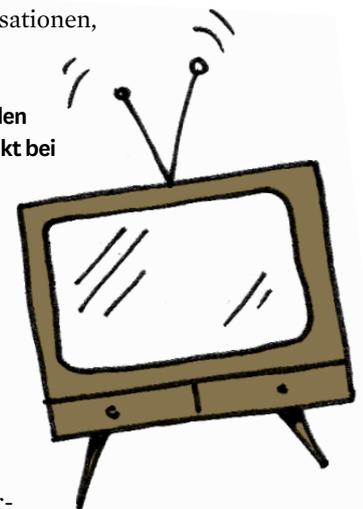
Verbände als Vereinigungen, die vor dem Hintergrund gemeinsamer Interessen der Mitglieder bestimmte, nach innen und außen gerichtete Ziele verfolgen, können dies nur tun, wenn sie mit unterschiedlichen Akteuren kommunizieren. Ein Teil der

Verbändekommunikation ist öffentlich, vor allem dann, wenn externe Ziele verfolgt werden, ein anderer Teil ist nicht-öffentlich, bleibt verbandsintern. Heute kommunizieren Verbände einerseits traditionell, über traditionelle Pressearbeit, die allerdings mittlerweile auch vornehmlich online stattfindet, häufig mittels massenmedial verbreiteter oder verstärkter Kampagnenkommunikation. Verbände kommunizieren über eigene PR-Medien, wie etwa Mitarbeitermagazinen oder Zeitschriften für die Öffentlichkeit, und sie kommunizieren über Social Media wie Facebook, Twitter oder YouTube. Die Konsequenzen der Veränderungen in der Mediennutzung der Bevölkerung für die Produktion von kommunikativen Botschaften von Organisationen, so auch Verbänden, sind klar: Sie haben ihre gesamtes Kommunikationsmanagement umstellen müssen. Sie müssen schneller, differenzierter und vielfältiger kommunizieren, das Einbeziehen von Bewegtbildkommunikation (z. B. auf Facebook) wird deutlich wichtiger und die Interaktivität und die Dialogorientierung, aber andererseits auch die Zielgenauigkeit in der Social Media-Kommunikation haben sich verstärkt und verstärken sich weiter. Dies hat insgesamt zu einer Aufrüstung der Kommunikation bei Organisationen, auch bei Verbänden, geführt.

Idealtypisch ist die Kommunikation von Verbänden heute strategisch fundiert, organisatorisch direkt bei der Organisationsspitze angesiedelt, formal, inhaltlich und zeitlich integriert (Integrierte Kommunikation), sie kombiniert Einweg- und Dialogkommunikation und ist prinzipiell dialogisch ausgerichtet im Sinne von kommunikationsoffen. Sie kommuniziert crossmedial, kombiniert traditionelle Printmedien mit allen Formen der Online-Kommunikation, Bewegtbild mit Social Media-Kanälen. Sie muss schneller als früher reagieren und agieren, um die Verbände als Stimme in der „Öffentlichkeit 2.0“ weiterhin zu repräsentieren, ihnen Gehör zu verschaffen und die für sie relevanten Themen unterzubringen. ■



1975 präsentiert der Verband mit Stolz seine neue EDV-Anlage in der Verbandszeitschrift Die Ersatzkasse.





UNABHÄNGIG, NEUTRAL UND EVIDENZBASIIERT?

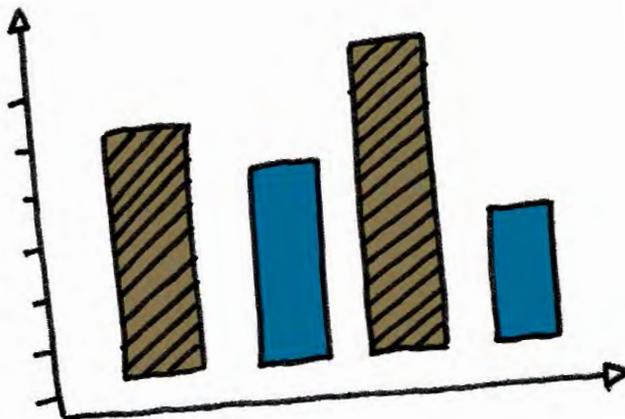
Studien und Statistiken: Politische und gesellschaftliche Entscheidungen basieren oft auf wissenschaftlichen Erhebungen, auch die Medien untermauern ihre Berichterstattungen mit Zahlen. Wie groß ist der Einfluss der Daten? Und wo liegen hier die Chancen, aber auch Herausforderungen?

/Text/ Gerd Glaeske

Die Macht und die Auswirkungen von Daten sind in unserem Alltag unübersehbar, sie beeinflussen Meinungen und Maßnahmen, Entscheidungen und Erfolge. Gerade in unserem Gesundheitssystem sind Daten eine wichtige Basis zur Darstellung der Versorgung von Patienten und können daher dazu beitragen, Fehlentwicklungen aufzudecken oder Unter-, Über- und Fehlversorgung auszugleichen.

So beispielsweise im Arzneimittelbereich: Daten, die 2011 am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen

durch Auswertungen von Arzneimittelverordnungen aus den Jahren 2009 und 2010 zu Antibiotika für Kinder gewonnen werden konnten und als „Faktencheck Antibiotika“ im Jahr 2012 zusammen mit der Bertelsmann Stiftung veröffentlicht wurden, haben dazu geführt, dass Kinderärzte der Verordnung von Antibiotika bei Mittelohrentzündungen mehr Aufmerksamkeit schenken. Es hat sich nämlich gezeigt, dass eine vorschnelle Antibiotika-Therapie bei Kindern mit Mittelohrentzündung dazu führt, dass bei ihnen häufiger erneut Mittelohrentzündungen auftreten als bei Kindern, die zunächst nur ein Schmerzmittel mit Ibuprofen bekommen. Zudem sind bei nicht eitrigen Mittelohrentzündungen laut Leitlinien Antibiotika nur in Ausnahmefällen angezeigt. Und doch verordneten neun Prozent der Hals-Nasen-Ohren-Ärzte, 17 Prozent der Kinderärzte und sogar 33 Prozent der Hausärzte in diesen Fällen Antibiotika. Bei vielen Kinderärzten kam es aufgrund dieser Ergebnisse zu Qualitätszirkeln, die sich mit der Therapie von nicht eitrigen Mittelohrentzündungen beschäftigten.



Daten für Taten gab es auch 2011 im Zusammenhang mit Auswertungen an der Universität Bremen bei Alzheimer-Patienten, denen offensichtlich zur Ruhigstellung stark wirkende Beruhigungsmittel aus der Gruppe der Neuroleptika verordnet wurden, obwohl diese Mittel bei Patienten mit einer Alzheimer-Krankheit häufiger zum Tode führen als bei gleichaltrigen Patienten ohne diese Form der Demenz. Die Publikation dieser Daten hat dazu beigetragen, dass in vielen Alten- und Pflegeheimen zurückhaltender mit diesen Arzneimitteln umgegangen wurde. Die Daten sensibilisierten für einen zurückhaltenden Umgang mit solchen Mitteln.

Ein noch relativ aktuelles Beispiel ist der Pillenreport 2015 mit den Daten zum Markt der Verhütungspillen und deren Zusammensetzung, der für eine breite wissenschaftliche und vor allem öffentliche Diskussion führte. So enthalten Verhütungspillen im überwiegenden Maße Gestagene wie Gestoden, Desogestrel oder Drospirenon, die ein höheres Thromboserisiko mit sich bringen als Pillen mit Levonorgestrel, die aber deutlich seltener verordnet werden. Viele Frauen haben daraufhin entschieden, in den Arztpraxen nach den risikoärmeren Pillen zu fragen und künftig diese Mittel zu bevorzugen.

Basis für informiertes Handeln

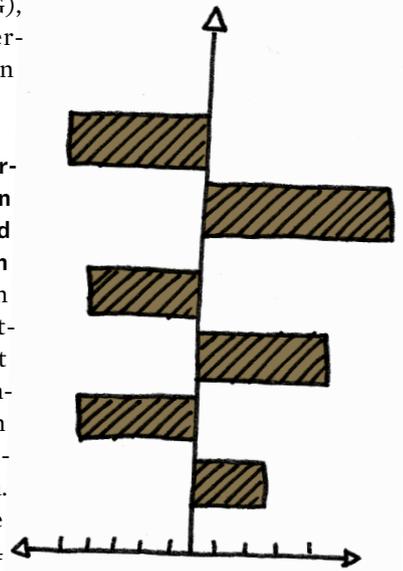
Daten, die geeignet sind, die Transparenz zu verbessern, Entscheidungen sicherer zu machen, problematische Begleiterscheinungen zu verringern und in diesem Sinne steuernd zu wirken, sind daher im medizinischen Bereich eine wichtige Basis für ein informiertes Handeln. Das Gleiche gilt aber auch für unseren Alltag, in dem wir täglich aufgrund von Daten und Informationen Produkte auswählen. Die Stiftung Warentest ist da ebenso wichtig wie im medizinischen Bereich beispielsweise das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im

Gesundheitswesen (IQWiG), die allesamt Daten für Verbraucher oder Patienten erarbeiten und publizieren.

Problematisch wird es allerdings immer dann, wenn Daten vorliegen und nicht ausreichend im Zuge von Entscheidungen berücksichtigt werden. Dann kann es leicht zu Fehlentscheidungen kommen, mit der Folge, dass zumeist Menschen, die sich nicht wehren können, von solchen Entscheidungen belastet werden.

Beispiel Praxisgebühr, die von der Politik im Jahr 2004 eingeführt wurde – möglicherweise unter der Annahme, dass damit Patientenströme gesteuert und Patienten mit leichteren Störungen oder Krankheiten nicht so häufig die Arztpraxen aufsuchen würden. Hätte man aber die vorhandenen Daten über die zum Teil problematischen Auswirkungen von spürbarer Selbstbeteiligung zur Kenntnis genommen, die schon seit Jahren vorlagen, wenn auch in den USA erhoben, hätte erkannt werden können, dass durch solche Regelungen vor allem sozial schwache Menschen getroffen werden und diese notwendige Arztbesuche nicht mehr tätigen. Dadurch werden erforderliche Behandlungen verzögert, sinnvolle Arzneimittel nicht mehr eingenommen und letztlich Behandlungsverläufe verteuert.

Zudem wurde die Einführung der Praxisgebühr nie offiziell wissenschaftlich begleitet und in ihren Auswirkungen evaluiert. Es war die Bertelsmann Stiftung, die 2006 auf die problematischen Auswirkungen hinwies: So verschoben – analog zu den Erhebungen in den USA – vor allem ältere und sozial schwache Menschen ihren Arztbesuch trotz dringender medizinischer Probleme und liefen damit Gefahr, dass sich ihre Situation weiter verschlechterte. Zudem hatte die Praxisgebühr die



Prof. Dr. Gerd Glaeske
Zentrum für Sozialpolitik
der Universität Bremen



➔ Anzahl der Arztbesuche nicht verändert; im Gegenteil hatte sich sogar eine Art „Flatrate-Mentalität“ eingeschlichen: Einmal pro Quartal die Praxisgebühr bezahlt, öffnete sie einem die Tür zu vielen anderen Praxen ohne weitere Gebühr.

Diese Beispiele zeigen, wie sinnvoll und wichtig evidenz- und datengestützte Entscheidungen in der Politik sind und wie notwendig eine ausgeprägte Evaluation mit adäquaten Datenerhebungen ist. Denn valide Daten verbessern die Erkenntnislage und ermöglichen so erst rationale, die Versorgung verbessernde Therapie-Entscheidungen.

wie unglaublich. Doch solche Daten sollen ohne Zweifel das Interesse von Patienten und die „Werbereitschaft“ der Ärzte zur Teilnahme am DMP fördern, schließlich sind damit zusätzliche finanzielle Zuweisungen verbunden. In dem seinerzeit publizierten, wenig transparenten Studienprotokoll wurde zudem eine Überlebenszeitanalyse nicht erwähnt; dies wäre aus methodischen Gründen allerdings erforderlich gewesen, wenn ein solcher Parameter ausgewertet werden soll.

Viele Studien lassen wiederholt spezifische Interessen erkennen, die allerdings nicht angesprochen werden – die wissenschaftlichen Daten werden als „Wahrheit“ und als Nachweis für die getroffenen Aussagen dargestellt. Transparenz als einer der Indikatoren für Wissenschaft und methodische Güte als ein zweiter werden in diesem Zusammenhang nicht ausreichend berücksichtigt. Man setzt auf die Überzeugungskraft der Ergebnisse, schließlich hat Wissenschaft immer einen Vertrauensvorsprung gegenüber erkennbar interessengeleiteten Argumenten, auch wenn diese letztlich hinter vielen wissenschaftlichen Publikationen stehen. Die Versorgungsforschung scheint in diesem Zusammenhang besonders gefährdet, im Sinne dieser Interessen mit möglicherweise tendenziösen Studiendesigns missbraucht zu werden. Methodisch schlechte Studien werden aber grundsätzlich nicht dadurch besser, dass sie als Versorgungsforschung „verkauft“ werden. Schließlich gelten die Regeln der epidemiologischen Methodik und der Evidenzbasierten Medizin (EbM) zur kritischen Studienbeurteilung auch hier.

Schon in seinem Gutachten 2005 hat sich der Sachverständigenrat Gesundheit mit dem Thema Wissenschaft und Anforderung an die Rahmenbedingungen beschäftigt. Aussagen von Wissenschaftlern werden nämlich immer auch mit einem vergleichsweise hohen Eigen- und Fremdanpruch an deren Richtigkeit erstellt

Tricksen und täuschen

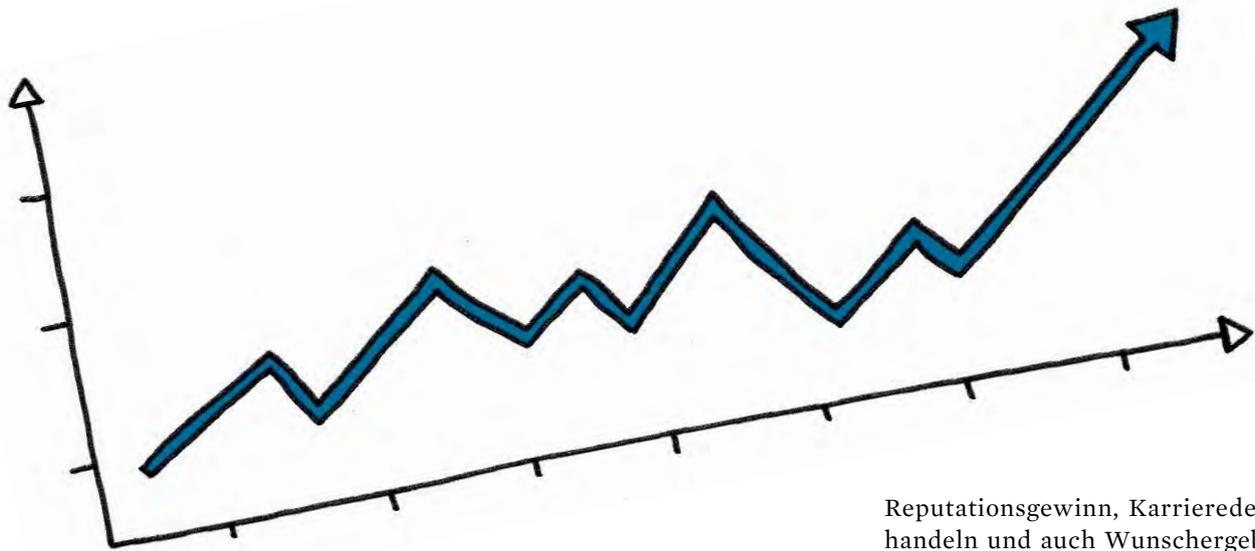
Nun sind Daten aber auch in unterschiedlicher Weise für eigene Interessen nutzbar. Wenn Daten als eine aussagekräftige Basis für Entscheidungen in unserer Gesellschaft akzeptiert sind, werden auch ökonomisch interessierte Gruppen und Institutionen Wege finden, die für sie günstigen Daten in die Öffentlichkeit zu lancieren und damit Entscheidungen zu beeinflussen. Der Markt der Arzneimittel und der Medizinprodukte ist voll von Publikationen, die vor allem den Absatz und Umsatz von Produkten fördern sollen – die entsprechenden Daten sind oft genug aus diesem Zweck erhoben worden. Tricksen und täuschen sind Begleitstrategien bei vielen dieser Studien.

Ein Beispiel von vielen aus dem Bereich der Disease-Management-Programme (DMP) aus dem Jahr 2008: Auf der Basis von Routinedaten wollten zwei Krankenkassen einen Überlebensvorteil für DMP-Patienten gegenüber nicht DMP-Patienten zeigen. Ihnen zufolge verstarben nach 2,5 Jahren 9,5 Prozent der Patienten im DMP im Vergleich zu 12,3 Prozent außerhalb des DMP. Ein solcher absoluter Überlebensvorteil von fast drei Prozentpunkten nach nur 30 Monaten durch die Teilnahme am DMP, nachgewiesen durch eine Beobachtungsstudie, erscheint allerdings so unglaublich



Rund 55,5 Milliarden DM wurden im Jahre 1964 in der Bundesrepublik für öffentliche Sozialleistungen ausgegeben; das entspricht einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 13,4 v.H. Der Gesamtaufwand lag dabei um 5,1 Milliarden DM oder 10 v.H. höher als 1963. Von den gesamten Aufwendungen entfielen etwa die Hälfte auf die Rentenversicherungen, ein Viertel auf die Krankenversicherung und knapp 9 v.H. auf die Kriegsopfer-versicherung; der Rest verteilte sich auf die übrigen sozialen Bereiche. Diese Leistungen wurden überwiegend durch Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber sowie durch staatliche Mittel finanziert. Im ganzen beliefen sich die Nettoeinnahmen auf rund 58,4 Milliarden DM. Dabei sind die Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln 1964 um 18 v.H. auf 17,4 Milliarden DM gestiegen. Das beruht vor allem auf der stärkeren Belastung des Bundes durch Kindergeldzahlungen und auf Verbesserungen der Kriegsopferversorgung. Die soziale Krankenversicherung arbeitet bekanntlich ohne staatliche Zuschüsse.

Eventuell etwas überladen: Grafik aus der Verbandszeitschrift von 1965 mit ausführlicher Bildunterschrift.



Der Kontrolle durch die Vertreter der wissenschaftlichen Fachgesellschaften und Forscher als Schutzmechanismus kommt eine bedeutende Rolle zu.

und entgegengenommen. Im Sachverständigenratsgutachten des Jahres 2005 heißt es hierzu: „Wissenschaftliche Ergebnisse sind aber in ihrer Richtigkeit a priori eingeschränkt

- vom Erkenntnisinteresse,
- in Abhängigkeit von der Wahl der Methodik (Erkenntnistheorie),
- durch die Begrenztheit des Untersuchungsgegenstandes und
- durch die im Einzelfall zu prüfende Qualität der methodischen Durchführung der jeweiligen Untersuchung, die Validität der Ergebnisse und die Angemessenheit der Interpretation.“

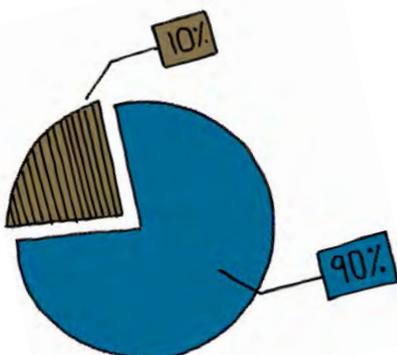
In wissenschaftlichen Publikationen müssen außerdem Fragen berücksichtigt und beantwortet werden wie:

- Wurde wirklich alle Evidenz berücksichtigt?
- Wurde bei der Beurteilung der Qualität der berücksichtigten Evidenz manipuliert?
- Wurden Ergebnisse, die in eine „unerwünschte Richtung“ deuten, systematisch weggelassen?
- Und wurden über den Bereich des tatsächlichen Untersuchungsgegenstandes weit hinausgehende Aussagen gemacht?

Das alles ist auch deshalb wichtig, weil Wissenschaftler oft nicht losgelöst von Eigeninteressen (zum Beispiel

Reputationsgewinn, Karrieregedenken) handeln und auch Wunschergebnisse mit den wissenschaftlichen Daten verbinden. Es gehen also bewusste oder unbewusste Interessen in Daten und wissenschaftliche Interpretationen ein. Damit verbunden sind unter Umständen Gedanken an den persönlichen Vorteil oder den Vorteil des eigenen Fachgebietes – diese können und sollten nie vollständig ausgeblendet werden. Hier kommt auch der Kontrolle durch die „scientific community“, also durch die Vertreter der wissenschaftlichen Fachgesellschaften und Forscher aus nahestehenden Fachgebieten, als Schutzmechanismus eine bedeutende Rolle zu.

Die Macht der Wissenschaft, die Macht der Daten, aber auch die Verführbarkeit, Daten und Wissenschaft so zu nutzen, dass sie dem persönlichen, dem institutionellen oder wirtschaftlichen Zweck förderlich sind, müssen immer wieder berücksichtigt und bedacht werden. Publikationen in mehr oder weniger renommierten medizinischen Zeitschriften „adeln“ darüber hinaus jegliche wissenschaftlichen Ergebnisse und Daten – die Akzeptanz steigt dadurch an, die Zitierfähigkeit wird gefördert, auch bei zweifelhaften Resultaten. Helfen können da nur die Transparenz der Datengrundlagen, die Offenlegung von möglichen Interessenkonflikten und die Beschreibung von Limitationen, die mit der jeweiligen Publikation verbunden sein können. Wenn solche Angaben fehlen, sollte man die Veröffentlichungen am besten gleich zur Seite legen. ■





GLÜCKWÜNSCHE DER MITGLIEDSKASSEN

„ersatzkasse magazin. ist für mich eine gelungene Kombination aus Schwerpunktsetzung und Bandbreite – und dies alles mit interessanten Autoren, Gesprächspartnern und Blickwinkeln. Als ehemaliger Vorstandsvorsitzender des vdek weiß ich, dass es nicht immer leicht ist, die Vielfalt und Interessen der Mitgliedskassen unter dem Dach einer Verbandspublikation zu vereinen. Da ich aber das Team kenne und weiß, wie engagiert und umsichtig alle jede neue Ausgabe des Magazins in Angriff nehmen, wundert es mich auch wieder nicht, dass es gelingt. Herzliche Glückwünsche zum 100.“



Thomas Ballast
Stellvertretender
Vorstandsvorsitzender
der der Techniker
Krankenkasse (TK)

„Die Ersatzkassen handeln an vielen Stellen gemeinsam und machen dies auch nach außen hin sichtbar. Dazu ist das ersatzkasse magazin. seit 100 Jahren ein zentraler Baustein. Es ist aber nicht nur ein wichtiges Sprachrohr, um unsere gemeinsamen Positionen zu vertreten. Das ersatzkasse magazin. liefert hochwertige Beiträge, die die gesundheitspolitische Debatte mit wichtigen Impulsen befeuern und voranbringen. In diesem Sinne wünsche ich dem Magazin alles Gute für die Zukunft. Auf weitere 100 Jahre!“



Dr. Christoph Straub
Vorstandsvorsitzender
der BARMER GEK

„Das Verbandsmagazin ist eine feste Größe in der gesundheitspolitischen Debatte, stets aktuell, meinungsstark und richtungsweisend. Wer in älteren Ausgaben blättert, findet darin ein Kompendium aller wichtigen gesundheitspolitischen Debatten der vergangenen Jahrzehnte. Heute ist das Magazin weniger ein Verbandsblatt als in früheren Zeiten, es ist vielmehr ein Forum für ambitionierte Debatten und zugleich eine Plattform, um die Leistungen und die Innovationskraft der Ersatzkassen darzustellen. Ich gratuliere herzlich zum 100. Geburtstag des Verbandsmagazins und hoffe, dass es die gesundheits- und versorgungspolitischen Debatten auch die nächsten 100 Jahre bereichern wird.“



**Prof. Dr. h. c.
Herbert Rebscher**
Vorstandsvorsitzender
der DAK-Gesundheit

„Unsere Verbandszeitschrift *ersatzkasse magazin.* feiert ihren 100. Geburtstag, aber die Themen, die die Zeitschrift regelmäßig behandelt, sind alles andere als 100 Jahre alt, sondern brandaktuell. Ob patientenorientierte Versorgung, digitale Gesundheit oder Migration im Fokus – das Magazin greift aktuelle Problemfelder auf und präsentiert sie in einem modernen Layout. Hintergründige Recherchen, Analysen und Meinungen bestimmen das Spektrum der journalistischen Arbeit des Redaktionsteams. Dass wir als KKH mit Statements und Inhalten regelmäßig zu Wort kommen, freut uns besonders. In diesem Sinne auf weiterhin gute Zusammenarbeit und herzlichen Glückwunsch *ersatzkasse magazin.!*“



Ingo Kailuweit
Vorstandsvorsitzender
der KKH

„*Das ersatzkasse magazin.* ist ein hochwertiges journalistisches Produkt, das die dynamischen Entwicklungen in der Gesundheitspolitik professionell, kritisch und konstruktiv begleitet. Es ist darüber hinaus für die ehren- sowie hauptamtlichen Entscheider der hkk ein wichtiges Orientierungsinstrument und ein profilierter Vertreter der Interessen der Ersatzkassen nach außen. Das gilt nach dem gelungenen Relaunch des Jahres 2010 noch mehr. Dazu und zu Ihrem 100. Jubiläum möchten wir Ihnen herzlich gratulieren!“



Michael Lempe
Vorstand der
hkk – Handelskran-
kenkasse

„Stets aktuell am Puls des gesundheitspolitischen Geschehens, weiß das ersatzkasse magazin. nicht nur mit fundierten Fachinformationen zu überzeugen. Auch rein äußerlich ist es auf der Höhe der Zeit. Mit einem modernen und ansprechenden Layout werden die Inhalte lesefreundlich wie zielgruppengerecht aufbereitet. Illustrationen, Grafiken und Fotos bereichern die Zeitschrift und tragen zum schicken Erscheinungsbild bei, dem man die 100 Jahre gar nicht ansieht. Weiter so!“



Jens Luther
Alleinvorstand der
HEK – Hanseatische
Krankenkasse



Mitgliedskassen

Der Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek) ist Interessenvertretung und Dienstleistungsunternehmen aller sechs Ersatzkassen, die zusammen mehr als 26 Millionen Menschen in Deutschland krankenversichern.



Techniker Krankenkasse (TK)

Bramfelder Straße 140
22305 Hamburg
Tel.: 0 40 - 69 09 - 17 83
Fax: 0 40 - 69 09 - 13 53
pressestelle@tk.de
www.tk.de



DAK-Gesundheit

Nagelsweg 27-31
20097 Hamburg
Tel.: 0 40 - 23 96 - 0
Fax: 0 40 - 23 96 - 26 75
service@dak.de
www.dak.de



hkk - Handelskrankenkasse

Martinstraße 26
28195 Bremen
Tel.: 0421 - 36 55 - 0
Fax: 0421 - 36 55 - 37 00
info@hkk.de
www.hkk.de



BARMER GEK

Postfach 11 07 04
10837 Berlin
Tel.: 0800 - 3320 6099 - 0
Fax: 0800 - 3320 6099 - 33 09
service@barmer-gek.de
www.barmer-gek.de



KKH Kaufmännische Krankenkasse

Karl-Wiechert-Allee 61
30625 Hannover
Tel.: 05 11 - 28 02 - 0
Fax: 05 11 - 28 02 - 99 99
service@kkh.de
www.kkh.de



HANSEATISCHE KRANKENKASSE

HEK - Hanseatische Krankenkasse

Wandsbeker Zollstraße 86-90
22041 Hamburg
Tel.: 0800 - 0213213
Fax: 040 - 656 96 - 1237
kontakt@hek.de
www.hek.de

Der Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek)

Hauptsitz des Verbandes mit rund 260 Mitarbeitern ist die Bundeshauptstadt Berlin. In den einzelnen Bundesländern sorgen 15 Landesvertretungen mit insgesamt rund 320 sowie weiteren über 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Pflegestützpunkten für die regionale Präsenz der Ersatzkassen.

vdek-Zentrale

Askanischer Platz 1
10963 Berlin
Tel.: 0 30/2 69 31-0
Fax: 0 30/2 69 31-29 00
info@vdek.com
www.vdek.com

Baden-Württemberg

Christophstraße 7
70178 Stuttgart
Tel.: 07 11/2 39 54-0
Fax: 07 11/2 39 54-16
lv-baden-wuerttemberg@vdek.com

Bayern

Arnulfstraße 201a
80634 München
Tel.: 0 89/55 25 51-0
Fax: 0 89/55 25 51 14
lv-bayern@vdek.com

Berlin/Brandenburg

Friedrichstraße 50-55
10117 Berlin
Tel.: 0 30/25 37 74-0
Fax: 0 30/25 37 74-26
lv-berlin.brandenburg@vdek.com

Bremen

Martinstraße 34
28195 Bremen
Tel.: 04 21/1 65 65-6
Fax: 04 21/1 65 65-99
lv-bremen@vdek.com

Hamburg

Sachsenstraße 6
20097 Hamburg
Tel.: 0 40/41 32 98-0
Fax: 0 40/41 32 98-22
lv-hamburg@vdek.com

Hessen

Walter-Kolb-Straße 9-11
60594 Frankfurt a. M.
Tel.: 0 69/96 21 68-0
Fax: 0 69/96 21 68-90
lv-hessen@vdek.com

Mecklenburg-Vorpommern

Werderstraße 74 a
19055 Schwerin
Tel.: 03 85/52 16-0
Fax: 03 85/52 16-1 11
lv-mecklenburg-vorpommern@vdek.com

Niedersachsen

An der Börse 1
30159 Hannover
Tel.: 05 11/3 03 97-0
Fax: 05 11/3 03 97-99
lv-niedersachsen@vdek.com

Nordrhein-Westfalen

Ludwig-Erhard-Allee 9
40227 Düsseldorf
Tel.: 02 11/3 84 10-0
Fax: 02 11/3 84 10-20
lv-nordrhein-westfalen@vdek.com

Geschäftsstelle

Westfalen-Lippe
Kampstraße 42
44137 Dortmund
Tel.: 02 31/9 17 71-0
Fax: 02 31/9 17 71-30
gs-westfalen-lippe@vdek.com

Rheinland-Pfalz

Wilhelm-Theodor-Römheld-Straße 22
55130 Mainz
Tel.: 0 61 31/9 82 55-0
Fax: 0 61 31/83 20 15
lv-rheinland-pfalz@vdek.com

Saarland

Talstraße 30
66119 Saarbrücken
Tel.: 06 81/9 26 71-0
Fax: 06 81/9 26 71-19
lv-saarland@vdek.com

Sachsen

Glacisstraße 4
01099 Dresden
Tel.: 03 51/8 76 55-0
Fax: 03 51/8 76 55-43
lv-sachsen@vdek.com

Sachsen-Anhalt

Schleiufer 12
39104 Magdeburg
Tel.: 03 91/5 65 16-0
Fax: 03 91/5 65 16-30
lv-sachsen-anhalt@vdek.com

Schleswig-Holstein

Wall 55 (Sell-Speicher)
24103 Kiel
Tel.: 04 31/9 74 41-0
Fax: 04 31/9 74 41-23
lv-schleswig-holstein@vdek.com

Thüringen

Lucas-Cranach-Platz 2
99099 Erfurt
Tel.: 03 61/4 42 52-0
Fax: 03 61/4 42 52-28
lv-thueringen@vdek.com



Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek)
Zeitschriftenredaktion
Askanischer Platz 1
10963 Berlin
Tel 030/26931-1206
Fax 030/26931-2900

Jahresabo € 25,00 (inkl. MwSt. und Versand)
Einzelheft € 4,90 (inkl. MwSt. und Versand)